

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Einzelheft 1,00 RM, monatlich 1,30 RM, vierteljährlich 3,75 RM, halbjährlich 7,00 RM, jährlich 13,00 RM. Sonntagsblätter 1,00 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 4 RM, für die übrigen Länder 4,50 RM. Annahmestellen sind in allen Postämtern zu haben. Einzelhefte sind in allen Buchhandlungen zu haben.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 Beträgt 1. die nebenebenstehende Anzeigentabelle 60 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (z. B. 10 Pf. 2 getragene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengröße und Schließstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Fernsprechanzeigen 20 Pf. Familien-Anzeigen 50 Pf. Politische u. gewerkschaftliche Betriebs-Anzeigen 40 Pf. die Seite. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Ullrichstraße 2, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Mittwoch, den 17. Oktober 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Der Parteitag für die Einigkeit der Arbeiterbewegung.

**Flandern ohne größere Infanteriekämpfe — Der ebliche französische Angriffe bei Bauclore — Der Hauptteil von Desel besetzt — Russischer Widerstand auf Sworbe — Besetzung der Inseln Kund und Abro.**

Amstlich, Großes Hauptquartier, 16. Oktober 1917. (W. Z. S.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**  
 Die gestrige Kampftätigkeit der Artillerien in Flandern gleich der an den Vortagen.

Größere Infanteriekämpfe fanden nicht statt; Erkundungsvorläufe der Engländer wurden an mehreren Stellen, auch im Artols abgewiesen.

### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Wieder war der Artilleriekampf nordöstlich von Soissons tagüber lebhaft; auch westlich von Craonne steigerte er sich bei 2 neuen vergeblichen Angriffen der Franzosen gegen die von uns nördlich der Mühle von Bauclore kürzlich gewonnenen Gräben.

Mehrere Erkundungsgesuche verliefen für uns günstig; westlich der Suippes hielten sächsische Grenadiere, westlich der Maas bayrische Sturmtruppen eine größere Anzahl von Gefangenen und mehrere Maschinengewehre aus den französischen Stellungen.

Die Feuerkraftigkeit an der Nordfront von Verdun war lebhafter als in letzter Zeit.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die unter dem Befehl des Generals der Infanterie von Kaths auf Desel kämpfenden Truppen setzten sich gestern völlig in Besitz des Hauptteils der Insel.

Auf der nach Süden auslaufenden Halbinsel Sworbe leisteten die dort abgeschliffenen russischen Truppen noch hartnäckigen Widerstand. Die schweren Küstenbatterien sind durch das Feuer unserer Schiffe zum Schweigen gebracht worden.

Gegen die Ostküste wurde der Feind so scharf gedrängt, daß nur Teile sich über den nach Moon führenden Damm zu retten

vermochten. Bei den Kämpfen um den Brückenkopf von Orsifar am Strand von Desel wirkten von Norden her unsere Seeestreitkräfte durch Feuer erfolgreich mit.

Bisher sind mehr als 2400 Gefangene gezählt worden, Versprengte werden die Zahl noch erhöhen. 30 Geschütze, 21 Maschinengewehre, einige Flugzeuge und viele Fahrzeuge fielen bis jetzt in die Hand unserer Landungstruppen, die unter vortrefflicher Mitwirkung der unter Befehl des Vizeadmirals Schmidt stehenden Flottenteile den wesentlichsten Teil ihrer Aufgabe in 4 Tagen erfüllten.

Im Rigaischen Meerbusen sind die Inseln Kund und Abro von uns besetzt worden.

An der Landfront im Osten keine Ereignisse von Bedeutung.

### Mazedonische Front.

In der Struma-Ebene übersehen die Bulgaren den Engländern einige Ortshäfen.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubensdorff.

### Abendbericht.

Berlin, Amstlich, 16. Oktober 1917, abends.  
 In Flandern starke Artilleriekämpfe. Auf der Halbinsel Sworbe Fortschritte: weitere 1100 Gefangene sind eingebracht. Sonst im Osten nichts von Bedeutung.

### Der österreichische Bericht.

Wien, den 16. Oktober 1917. (W. Z. S.) Amstlich wird verlautbart:

**Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.**  
 Unsererseits nichts zu berichten.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Valsizga-Heiligengeist scheiterten italienische Einzelvorläufe. Auf dem Monte San Gabriele wurde das Vorarbeiten feindlicher Abteilungen im Handgranatenkampf vereitelt.

Der Chef des Generalstabes.

### Wer trägt die Schuld an solchen Gerüchten?

Berlin, 16. Oktober. Das Bureau Reuter verbreitet in der Schweiz die Mitteilung, daß sich bei den deutschen Matrosen ein steigender Widerwille zeige, an Bord der U-Boote Dienst zu tun. Nach Nachrichten, deren Echtheit unzweifelhaft wäre, wären schon mehrere deutsche Matrosen erschossen worden, weil sie sich weigerten, an Bord der U-Boote zu gehen. Eine Tatsache, die verdienstlich festgehalten zu werden, sei die, daß diese Hinrichtungen vor der „Reuterei“ in Wilhelmshaven stattgefunden hätten, von der kürzlich im Reichstag die Rede gewesen wäre, und die mit dieser „Reuterei“ absolut nichts zu tun hätte.

Wolffs Bureau bemerkt dazu: Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist diese neueste Blüte Reuterscher Phantasie wiederum weiter nichts als eine der größten bewussten Lügen, welche sich dieses Korrespondenzbureau während des Krieges je geleistet hat. Aber nicht nur das, sondern es ist Tatsache, daß der Andrang von Offizieren und Mannschaften der Flotte zum U-Boot-Dienst so außerordentlich und daß die freiwilligen Meldungen für den Dienst bei dieser Waffe nach wie vor so zahlreich sind, daß immer nur ein Bruchteil davon Berücksichtigung finden kann.

### Die Vorkonferenz in Stockholm beendet.

Stockholm, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Herausgabe des Manifests des Internationalen Komitees war im Hinblick auf das Eintreffen der serbischen Delegierten verschoben worden. Nach Abschluß der Verhandlungen mit diesen Delegierten legte Rakowicki den rumänischen Standpunkt dar. Damit waren die vorbereitenden Konferenzarbeiten beendet. Trostra reiste heute heim.

### Die Gärung in Rußland.

Der Helsingforsker Vertretertag. — Trotsky's Wahl.  
 Stockholm, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Presse in Petrograd schildert lebhaft, wie es in der Armee gärt. An der Spitze der Agitation steht die Diskeflotte, welche auf dem Helsingforsker Vertretertag gemeinsam mit dem

finnischen Armeekomitee die beabsichtigte Erhebung der revolutionären Regimenter Finnlands durch Truppen mit unbelannter Bestimmung als Anschlag gegen die Revolution erklärte. Eine neue Kornilowade in demokratischer Maske werde vorbereitet. In der Resolution des Vertretertages wird weiter gesagt: Wir wollen nicht gesondert auftreten; aber die Situation ist so ernst, daß ein elementarer Massenausschub zur Lastade werden kann, wenn Kerenski nicht aufhört, unsere Truppen zu provokieren. Wir lehnen die Verantwortung ab, wenn die Truppen ohne unser Einverständnis nach Finnland geschickt werden. Ein Aufruf schließt: Hoch die Macht der Räte, hoch das revolutionäre Petrograd, hoch der Sozialismus! Die zweite Sitzung des Vertretertages beschloß die Begründung der Flotte im Schwarzen Meer, im Weissen Meer, sowie in den kaspischen und sibirischen Häfen; ebenso die Begründung der revolutionären Armee und der Demokratie, die aufgefördert wurde sich zu widerlegen und die rasche Einberufung der Rätevertreter zu verlangen.

„Retsch“ schreibt über Trotsky's Wahl zum Sowjet-Vorsitzenden: Der neue Präsident war kinder als die Regierung; seine programmatische Erklärung übertrifft das Programm der Regierung auch an Bestimmtheit. Die Revolution ist tatsächlich in eine neue Phase eingetreten. Der Sowjetbeschluss ist als ein schweres Staatsverbrechen zu rubrizieren, sagt der „Retsch“; es bereite sich ein Aufstand vor. Wenn die Regierung nicht einschreitet, überläßt sie dem Sowjet, den Augenblick für den Bürgerkrieg zu wählen.

„Ruskaja Wolja“ schreibt unter der Überschrift „Bürgerkrieg“ über Trotsky's Wahl Nachstehendes: Die Resolution des Sowjet ist kein Retraumensvotum, sondern die Kriegserklärung. Der Rat erklärt als seine Aufgabe den Sturz der neuen Regierung und ihre Ersetzung durch eine rein revolutionäre, die auf der allrussischen Konferenz am 2. November einzusetzen ist. Der Artikel fordert energische Maßnahmen.

### Die Kabinettskrise in Schweden.

Amstliche Sonderblätter haben bestätigt, daß die Kabinettsbildung durch Widen gescheitert ist. Wie verlautet, war das die Wirkung der unangenehmigen Haltung der Arbeiterpartei gegen den Sammlungsgedanken. Man erwartet unter Eden ein rein liberal-sozialistisches Ministerium. Nach einem Londoner Exchange-Telegramm aus Kopenhagen wird Wranting in das neue Kabinet als Minister ohne Portefeuille einziehen. Dies sei der einzige Posten, den er einnehmen wolle.

### Die Hand liegt offen.

Wenn irgend etwas den letzten Zweifel darüber beheben kann, ob die alte sozialdemokratische Partei noch im Besitze des sozialistischen Geistes und des proletarischen Empfindens ist, so die Art und Weise, in der die Einigungsfrage auf dem Würzburger Parteitag behandelt wurde. Mit elementarer Macht drängte sich in den Debatten immer wieder die Erkenntnis in den Vordergrund: die Einheit ist notwendig, nur eine einheitliche Arbeiterbewegung kann siegen, nur in Geschlossenheit kann sich die Arbeiterklasse ihre Zukunft erkämpfen.

Diese Ueberzeugung ist mit so überwältigender Mehrheit ausgesprochen worden, daß einzelne abweichende Stimmen dagegen gar nichts zu bedeuten haben. Es war das alte solidarische Massengefühl, das hier immer wieder beredeten Ausdruck fand, jenes Gefühl, das die beste und feste Errungenschaft eines 50jährigen Kampfes und Siegens ist.

Und doch lassen die Debatten einen herben Nachklang. Es war ja nur die eine Seite, die sprach, und sofort erhebt sich die besorgte Frage: was wird die andere antworten?

Unsere Hoffnungen auf ein Entgegenkommen der Parteileitung der Unabhängigen sind nicht sehr groß. Wenn ein Redner auf dem Parteitag sagte: „Glaubt Ihr, sie haben erst vorjährlich und gesüßlichlich die Spaltung der Partei herbeigeführt, um nun ohne weiteres wieder zur Partei zurückzukehren?“, so kann man sich des bitteren Gefühls nicht erwehren, daß hieran etwas Nüchternes ist. Das hat auch der Parteitag wohl gemerkt. Aber unsere Verständigungsbereitschaft, unser Streben nach Einheit der Partei, kann niemals davon abhängig sein, was die Gegenseite etwa antwortet, sondern nur davon, was wir als richtig erkannt haben.

Unner wieder drängt sich der Vergleich mit der Friedensbereitschaft der Sozialdemokratie in diesem Weltkrieg auf. Man hat es uns von anderer Seite zum Vorwurf gemacht, daß wir den Sozialisten Frankreichs und Englands die Friedenshand hinhielten, während diese anstatt einzuschlagen, hineinspuckten. Und doch haben wir nichts zu bereuen. Wir wissen, daß diese Haltung die einzige Möglichkeit bedeutet, den Frieden herbeizuführen. Und die Herbeiführung des Friedens ist ein so über alle Maßen wichtiges und hohes Ziel, daß uns keine Kränkung von der einen Seite, kein Hohn und Spott von der andern in eine friedensfeindliche Haltung hineintreiben wird. Wir lassen uns keinesmal lieber sagen, daß man in unsere dargebotene Friedenshand hineinspuckte, als daß wir uns dem Vorwurf aussetzen, auch nur irgend etwas versäumt zu haben, was die Herbeiführung des Friedens um einen einzigen Tag hätte beschleunigen können. Und das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse, werden es uns danken.

Genau so steht es aber auch mit der Einigung der Arbeiterbewegung. Auch sie ist ein Ziel von so ungeheurer Wichtigkeit, daß keine Empfindlichkeit die sachlich als richtig erkannte Haltung beeinträchtigen darf. Bedenken wir doch, daß gleich in dem ersten Jahre nach dem Kriege die wirtschaftliche Zukunftsgestaltung Deutschlands und damit die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse auf Jahrzehnte entscheiden werden wird. Wirtschaftliche Entscheidungsschlachten werden geschlagen werden, und das Herz jedes ernsthaften Sozialisten krampt sich zusammen bei dem Gedanken, daß diese ausschlaggebenden Kämpfe die Organisationen der Arbeiter durch innere Kämpfe geschwächt vorfinden sollten!

Ein Redner des Parteitages hat bereits die Schreden eines kommenden Reichstagswahlkampfes ausgemalt, in dem sich die beiden sozialistischen Parteien gegenseitig zerfleischen. In ebenso düsteren Farben liege sich das Bild des künftigen Wirtschaftskampfes malen, wenn dem zu gewaltigster Konzentration entwickelten Kapital zerfallene, uneinige Gewerkschaften gegenüberstehen. Da stoßt das Wort und jeder echte Sozialist spricht: das darf nicht sein, das wird nicht sein.

Und deshalb hat der Würzburger Parteitag recht getan, wenn er sich mit beiden Füßen auf den Boden der Einigungsbereitschaft gestellt hat, unbekümmert um die Antwort, die ihm von der Gegenseite zuteil werden wird. Allen Arbeitern Deutschlands ruft er zu: Die Friedenshand liegt offen, achtet darauf, daß die Sache der deutschen Arbeiterbewegung nicht unwiederbringlichen, unabsehbaren Schaden erleide!

An die Arbeiterklasse richtet sich der Appell des Würzburger Parteitages, an sie, die im innersten Herzen nie das Gefühl dafür verloren hat, daß nur Geschlossenheit den Sieg verheißt. Wohl zehnmal und darüber wurde in Würzburg die Gewißheit ausgesprochen, daß die Macht der wirtschaftlichen Entwicklung doch auf alle Fälle die Arbeiterbewegung wieder zusammenschweißen würde. Aber soll das wirk-

lich erst geschehen. Nach dem die Arbeiterklasse die bittersten Folgen der Spaltung an eigenen Leibe hat auskosten müssen? Kann nicht bis dahin auch unwiederbringlicher Schaden entstanden sein? Noch ist Zeit, noch stehen wir vor den großen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Nachkriegszeit, noch kann die Arbeiterklasse vor dem ärgsten Schaden, nicht erst durch den Schaden flug werden. Der Würzburger Parteitag sagt: Einigt Euch, Ihr vergeblich Euch nichts, die Partei gewährt volle Meinungsfreiheit, sie duldet alle Richtungen (was gerade der Verlauf des Würzburger Parteitages deutlich zeigt), sie verlangt nichts als Befolgung der selbstverständlichen demokratischen Pflicht, die bei allen Handlungen Unterwerfung der Minderheit unter Beschlüsse der Mehrheit erheischt.

Vielleicht wird die Gegenseite die angenommenen Entschlüsse als Sirenenklänge verdächtigen, als Zeichen der Schwäche auszuinterpretieren. Das läßt uns genau so kalt, wie wenn die Kriegsbegehr des Auslands die deutschen Friedensangebote als Symptome des nahen militärischen Zusammenbruchs Deutschlands auszuinterpretieren. Wir fühlen uns hier wie dort stark genug, um solche böswillige Mißdeutungen ehrlichen Willens zu ertragen.

Mit erschütternder Offenheit hat einer der Besten der Bewegung, Richard Fischer, gestanden, daß die häßlichen Vorgänge der Parteispaltung manche unvergängliche Bitternis in seiner Seele zurückgelassen hätten. Aber er hat gleich hinzugefügt, daß, falls solche Bitternis der Führer die Einigung hindern sollte, die Arbeitermassen die Einigung ohne die Führer machen müßten. Und der Parteitag hat diesem Wort zugestimmt. Ein ebenso ehrliches Bekenntnis von den Unabhängigen — und die Einigung kann nicht mehr aufzuhalten sein.

Der Einigungsbeschluss des Parteitages appelliert an die Arbeitermassen. Mögen sie es sich überlegen: Ist es wirklich noch das alte erhabene und befreiende Gefühl, das uns früher nach gelonener politischer Arbeit beiseite, wenn man sich jetzt am Abend eines ereignisreichen Tages lösen kann? Heute haben wir wieder mal eine Friedenskundgebung der Schmidmänner gestiftet (zur Freude der Unentschiedenen!), heute ist es uns gelungen, den Gewerkschaftsverein zu zwingen (zur Freude der Unterwerflichen!) heute habe ich das Parteiblatt abbestellt (zur Freude der bürgerlich-kapitalistischen Verleger)?!

Wer empfindet Freude an der Zerstörung? Bei wem kann sie länger dauern als einen Augenblick unbewonnener Erregung? Immer wieder ist auf dem Würzburger Parteitag ausgesprochen worden: die Arbeitermassen empfinden gegeneinander keinen Haß. Aus diesem sicheren Gefühl heraus hat der Parteitag den ersten mutigen und klaren Schritt zur Wiederherstellung der Einigkeit der Arbeiterbewegung unternommen.

Die Friedenshand liegt offen.

## Die Seekämpfe bei Oesel.

Berlin, 16. Oktober. Amtlich. Wir erfahren von zuverlässiger Stelle: 1. Der amtliche russische Bericht vom 14. Oktober meldet den Verlust von einem deutschen kleinen Kreuzer und vier Torpedobooten. Wie aus dem deutschen Bericht hervorgeht, ist bis zum 16. Oktober außer 2 zum Minensuchen bestimmten Fischdampfern kein an der Unternehmung gegen Oesel beteiligtes Kriegsfahrzeug verloren gegangen. Dagegen ist ein kleiner Transporthampfer auf eine Mine gestürzt. Mannschaftsverluste sind hierbei nicht eingetreten. 2. Ebenfalls amtlich zutreffend ist der im amtlichen russischen Bericht vom 16. d. M. gemeldete Verlust zweier deutscher Torpedobooten im Ruffar-Biel. Der von und genommene Besatzungsstrom ist bei unseren Einbringungsversuchen gefentert und gesunken.

Petersburg, 16. Oktober. Der Admiralstab teilt mit: Am 14. Oktober, nachmittags um 4 Uhr, wurde unsere aus vier Torpedobooten und zwei Kanonenbooten zusammengesetzte Streifabteilung, welche in der Durchfahrt des Soelo-Sundes kreuzte, von einem der an der Küste westlich der Meerenge befindlichen deutschen Großkampfschiffe beschossen. Unser Torpedoboot Grom erlitt starke Beschädigungen. Unmittelbar danach drangen 12 deutsche Torpedobooten neuer Art, von anderen begleitet und gedeckt durch das Feuer des erwähnten Großkampfschiffes, in den Soelo-Sund ein. Unsere Streifabteilung nahm den Kampf auf, in dessen Verlauf das Panzerkanonenboot Ehrabry das Torpedoboot unter festem feindlichen Feuer zweimal ins Schlepptau nahm; die anderen Torpedobooten schützten es, indem sie einen erbitterten Kampf mit dem Feinde unterhielten, welcher besonders auf Ehrabry, Grom und das Kanonenboot Noord (N) feuerte. Auf letzterem brach, nachdem alle Geschütze außer Betrieb gesetzt waren, ein heftiger Brand aus. Die Schlepptrossen brachen und bald darauf sank das Schiff. Das Panzerkanonenboot Ehrabry näherte sich trotz heftigen Feuers abermals dem Torpedoboot Grom und versuchte, es wieder ins Schlepptau zu nehmen. Dies gelang aber nicht, und darauf ging die Mehrzahl seiner Besatzung auf Ehrabry über, während das Torpedoboot sank. Ehrabry feuerte stark und versenkte ein feindliches Torpedoboot; bald darauf kamen andere Torpedoboots zu Hilfe, und die feindlichen Schiffe kehrten um. Unsere Verluste auf den anderen Schiffen sind bedeutungslos. Der Flottenbefehlshaber stellt die Nachsichtigkeit und Stärke des Feuers und die Zähigkeit unserer Kanonenboote und Torpedoboots, besonders des Panzerkanonenbootes Ehrabry, des Kanonenbootes Chimere und der Torpedoboots Sabjaka, Pobjedittel und Konstantin fest, welche letztere die ganze Last des Kampfes gegen einen an Zahl überlegenen Gegner zu tragen hatten. Nach Auslage von Jeugen sind 2 feindliche Torpedoboots gesunken, zwei andere ernstlich beschädigt. Auf der Insel Oesel verstärkte der Feind sich andauernd. Von unruhigende Nachrichten kommen über den Zustand unserer Batterien bei Jereh (Swalferort) auf der Halbinsel Sworbe, welche die Einfahrt zum Rigaischen Meerbusen sperren.

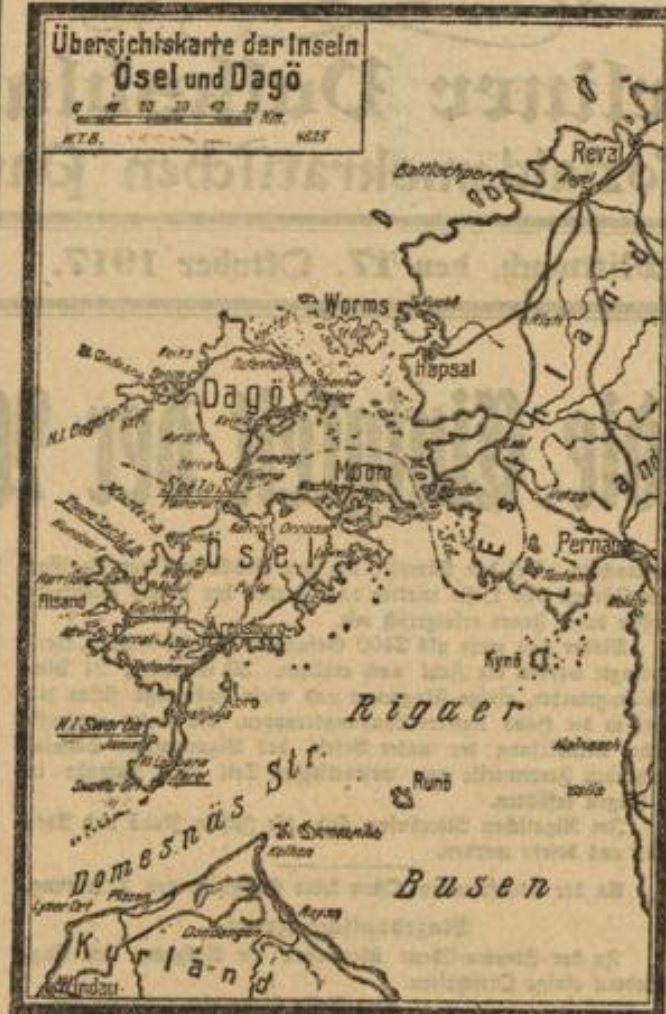
### Ueber die Verluste der russischen Flotte bei der Besetzung von Oesel

Schreibt der Korrespondent der Neuen Westfälischen Korrespondenz: Der bei der Besetzung der Insel Oesel am 14. Oktober von den deutschen Seekriegskräften weggenommene russische Torpedobootszerstörer Grom gehörte mit 1350 Tonnen Wasserdrängung zum größten Zerstörer-Typ und ist zudem ein ganz neues Fahrzeug, da es erst 1917 vom Stapel lief. Grom hat Turbinen von 35 000 Pferdestärken, welche dem Schiff die sehr hohe Geschwindigkeit von 35 bis 36 Seemeilen in der Stunde verleihen. Die Bewaffnung besteht aus drei 10,5-Zentimeter-Schnellkanonen, vier Maschinengewehren und sechs Doppeltorpedorohren von 45 Zentimeter Kaliber. Gebaut wurde der Zerstörer von der Swallow-Werft in Petersburg und gehörte zu einer Serie von 33 Hochseebooten oder Geschwaderzerstörern, wie sie in Russland heißen. Da der Admiralstab das Fahrzeug als genommen und acht Mann seiner

Besatzung als gefangen meldet, ist es nicht gesunken und dürfte, wenn es überhaupt beschädigt ist, wiederhergestellt werden können.

Gesunken ist dagegen nach russischem Bericht mit Mann und Maus der russische Torpedobootszerstörer Dabinsk, ein Fahrzeug von 625 Tonnen Wasserdrängung aus dem Jahre 1906 stammend. Seine Friedensbesatzung betrug sich auf 101 Mann, und das Fahrzeug war mit zwei 10-Zentimeter-Schnellkanonen, einem leichten 8,7 Zentimeter-Geschütz, vier Maschinengewehren und drei Torpedorohren bewaffnet. Die Länge des Bootes betrug 75 Meter und seine Geschwindigkeit 23 Seemeilen in der Stunde.

Insgesamt hat die russische Ostseeflotte bis jetzt verloren 1 Panzerkreuzer (Zalada), 2 Kanonenboote und 5 Zerstörer bezw. Torpedoboots.



Russischer Seeresbericht vom 15. Oktober. Am 14. Oktober dauerten die Kämpfe um den Besitz der Insel Oesel fort. Nach Meldungen vom 13. Oktober nachmittags war Arensburg noch nicht vom Feinde besetzt, dessen Vorhuten sechs bis acht Meilen von der Stadt entfernt bemerkt wurden. Die feindliche Flotte und die feindlichen Luftstreitkräfte unterstützten kräftig die Landtruppen, indem sie die Insel von Norden und Süden her beschossen. Auf der Südküste verdrängte ein von Torpedobooten und Minensuchern besetzte Abteilung feindlicher Kreuzer den Eingang in die Meerenge von Jorden zu erzwingen. Das weitere Vordringen der feindlichen Flotte in den Busen von Riga wurde durch das Feuer unserer weittragenden Artillerie der Insel Oesel aufgehalten. Die Nordgruppe der feindlichen Flotte zerrückte eine Abteilung Torpedoboots ab, die zwischen den Inseln Dagö und Oesel unsere Aufklärungsstreitkräfte nach dem Moon-Sund zu zurückdrängen. Hier bereiteten sie sich mit unserer Flotte, die sich dann in einen Kampf einließ, nach dem der Feind zurückwich. Die dritte Gruppe feindlicher Kriegsschiffe, bestehend aus Kreuzern und Torpedobooten, näherte sich nachmittags dem südwestlichen Teil der Küste. In den anderen Teilen der Ostsee wurden im Laufe des Tages feindliche Unterseeboote und Kriegsschiffe bemerkt.

## Der polnische Regentschaftsrat.

Die hundertste Wiederkehr des Tages, an dem Kosciuszko fern von der Heimat in Solothurn starb, ist in Polen am Montag mit großem Aufwand national gefeiert worden, und in die Feier wurde die Verleihung der Einsetzung des Regentschaftsrates eingeschoben. Man ward also im Namen Kosciuskos, des Kämpfers für Freiheit und Unabhängigkeit, für den neuen Staat Polen, der sich als eine Frucht des Krieges verwirklichen soll. Die Berufung auf einen Mann wie Kosciuszko verpflichtet.

In Warschau, wo die festlichen Veranstaltungen nach dem Bericht besonders ausgebeutet und mannigfaltig waren, sagte der Prälat Slogowski in seiner Festpredigt beim Hochamt in der Kathedrale, die Wiederherstellung des polnischen Staates entspreche dem Schicksal Kosciuskos, und in Lublin hielt der Generalgouverneur unter dem Witz des Freiheitshelden eine Ansprache, in der er hieß: „Ich wünsche dem polnischen Volk, daß der Geist Kosciuskos, dieses großen Polen, der Geist der warmen Vaterlandsliebe, die alles dem Wohle des Vaterlandes unterordnet, der Geist des Aufbaues und nicht der Zerstörung, der Geist der positiven Arbeit und nicht der Verneinung, das einmütig geschlossene Volk zur Wiedergeburt führt, unter Leitung der obersten polnischen Regierungsbehörde, des hohen Regentschaftsrates, dem der Gehorsam jedes echten Polen gebührt.“

Als einen „weittragenden geschichtlichen Akt“ stellte der Generalgouverneur die Einsetzung des Regentschaftsrates hin. Das wird in Zukunft der Geist des Aufbaues erweitern müssen. In Anknüpfung an altpolnische Tradition ist in diesen Rat der Warschauer Erzbischof Dr. Rakowski berufen und neben ihm treten ins Amt der Warschauer Stadtpräsident Fürst Lubomirski und der Großgrundbesitzer Graf Josef Drowski, einst der Vorsitzende des Polnischen Klubs im russischen Reichsrat, dann nach dem Abzug der Russen aus Warschau der Führer der polnischen Partei für reale Politik.

Der Regentschaftsrat ist einstweilen die oberste leitende Körperschaft Polens. Erst wenn ein Staatsoberhaupt berufen sein wird, gibt er seine Vollmachten ab. Er hat das Recht, den Staatsoberhaupt zu ernennen, den Ministerrat einzusetzen und zu verabschieden, die von diesem vorgeschlagenen Minister, die Departementsleiter und die höchsten Gerichtsbeamten zu bestätigen, den Landtag einzuberufen und alles in allem die Pflichten zu erfüllen, die in den monarchischen Staaten dem König zugewiesen sind. Die Körperschaft hat unter den gegenwärtigen Verhältnissen natürlich nicht unbeschränkte Rechte. Die „Neue freie Presse“ sagt: Die Staatsverfassung, die Polen jetzt erhalte, sei selbstverständlich von den Notwendigkeiten des Krieges, von den Beziehungen zu den beiden Mittelmächten und von den ungelärten Verhältnissen zu Gallien beeinflusst. Sie sei eine Kriegsgeschöpfung, die die künftige Entwicklung vorbereiten, aber

nicht endgültig in allen Einzelheiten festlegen könne. Ueber die dauernde Gestaltung werde erst beim Friedensschluß zu entscheiden sein.

Für die Stellung der Bevölkerung zu dem Regentschaftsrat ist bezeichnend, daß die nationalen Demokraten und die Sozialisten nicht zu den Parteien gehören, deren Zustimmung hinter der jetzt geschaffenen Regierung steht. Daß das Programm der Regierung, dessen Befolgung sie erwarten ist, diese Haltung alsbald ändern werde, ist nicht anzunehmen. Ist es im Sinne der hohen Worte gehalten, die bei den Kosciuskofeiern gesprochen wurden, so ist dem polnischen Volk zu wünschen, daß die Durchführung den Worten entspreche.

## Malby ohne Schuld.

Paris, 15. Oktober. (Savak.) Nachmittags fand ein Ministerrat statt, in dem Poincaré das Ergebnis der Untersuchung zur Kenntnis brachte, die über die Anschuldigungen betreffend die Mitteilung militärischer und diplomatischer Urkunden an den Feind eingeleitet worden ist. Die Regierung hat beschlossen, in die Befugnisse der Gerichtsbehörden, die ihre Aufgabe mit vollständiger Unabhängigkeit bis zum Ende durchzuführen werden, nicht einzugreifen. Sie betrachtet es aber im Interesse des inneren Friedens und der Moral der Nation als ihre Pflicht, die Anschuldigungen, deren Unrichtigkeit dargetan ist und die sie dem Urteil des öffentlichen Gewissens unterbreitet, dem Gericht zu überweisen.

Wie berichtet wird, hat Malby infolge der Mitteilung über das Ergebnis des Ministerrats darauf verzichtet, eine neue Erörterung in der Kammer zu beantragen.

## Thronrede in Bulgarien.

Zur Eröffnung der Sobranje verlas der König eine Thronrede, die den vor einigen Tagen geschehenen Besuch des deutschen Kaisers in Sofia als einen Beweis der Unlöslichkeit des Bündnisses mit Deutschland bezeichnet und über den Friedensschritt des Papstes sagt: Der König, die Nation und unsere tapfere Armee, stoß darauf, die Freiheit und Vereinigung der bulgarischen Rasse erkämpft zu haben, nehmen die Friedensinitiative seiner Heiligkeit des Papstes Benedikt XV. freudig auf. Im Namen des bulgarischen Staates habe ich, ebenso wie es die verbündeten Herrscher getan haben, mich bereit, auf den ersten Friedensappell zu antworten, nachdem ich schon im Dezember 1916 mit unseren Verbündeten einen Vorschlag in diesem Sinne an unsere Feinde gerichtet hatte, und wenn diese friedliebende Seite des erhabenen Pontifes in Rom von unseren Feinden zurückgewiesen wird, so werden sie die Verantwortung vor Gott, vor der Welt und vor der Geschichte tragen.“

## Amerikas Handelsflotte unter Staatskontrolle.

Amsterdam, 15. Oktober. Einem hiesigen Blatte zufolge wird der „Times“ aus New York gemeldet: Morgen werden alle amerikanischen Schiffe von 2500 Tonnen und darüber, zusammen 468 Schiffe mit 2818 000 Tonnen unter die Kontrolle der Regierung gestellt. Sie werden je nach ihrer Größe als Handels- oder als Truppentransportschiffe verwendet werden. Wahrscheinlich werden die Frachtpreise herabgesetzt werden. Als nächste Maßregel wird die Einforderung der Schiffe zwischen 1500 und 2500 Tonnen erwartet. Späterhin dürften noch einschneidendere Maßregeln getroffen werden.

In Washington verlautet, daß die Regierung für die Dauer des Krieges auch die Eisenbahnen übernehmen will.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 15. Oktober 1917. Amtlich. Neuerdings wurden im Sperrgebiet um England wiederum eine Reihe von Dampfern und Seglern durch unsere U-Boote vernichtet.

Unter den vertriebenen Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Taudampfer Biona, der als U-Boot-Falle fuhr, sowie ein Dampfer über 7000 Tonnen, der auf dem Wege England-Savre angetroffen wurde und anscheinend Munition geladen hatte, ferner die französische Segler La Martine mit Salzischen nach Frankreich und Aaron Bath.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 15. Oktober. Die Admiralität gibt bekannt: Das Minensucherschiff Begonia, das bedeutend überfällig ist, muß jetzt als mit allen Mannschaften verloren betrachtet werden. Der bewaffnete Hilfskreuzer Champagne ist torpediert worden und gesunken. Fünf Offiziere und 51 Mann sind dabei umgekommen.

Paris, 16. Oktober. (Savakmeldung.) Der Dampfer Medie, der als Begleitschiff fuhr, wurde im westlichen Mittelmeer torpediert. Die Explosion des Torpedos verursachte die Explosion der Munition, die im Schiffsrumpf untergebracht war. Der Dampfer sank in wenigen Minuten. Er hatte 550 Passagiere an Bord, darunter Abteilungen von Algeriern, Soldaten und eingeborene Arbeiter, Gefangene und 67 Mann Besatzung. Die Zahl der Vermissten beträgt 230.

Athen, 15. Oktober. (Neuermeldung.) Der italienische Dampfer Bari, mit den griechischen Konsuln aus der Türkei an Bord, wurde von den Deutschen torpediert. 50 Überlebende wurden auf Korfu gelandet, 120 in Italien. Man fürchtet, daß die griechischen Beamten umgekommen sind.

## Wiederaufleben der Luisitana-Angelegenheit

Osag, 16. Oktober. Der amerikanische Senator La Follette wird Dienstag vor einer Senatskommission erscheinen, um über seine in St. Paul gebaltene Rede näheres mitzuteilen, in der er erklärte, daß es dem Präsidenten bekannt gewesen sei, daß die „Luisitana“ Munition transportierte und daß das Schiff keine Passagiere hätte an Bord nehmen dürfen. La Follette verlangt eine Untersuchung durch den Bundesgerichtshof.

## Vergebllicher Ruf nach Judengesetzreform in Rumänien.

Aus russischen Mitteilungen über die Lage der Juden in Rumänien entnimmt Wolffs Bureau, daß der König von Rumänien vor kurzem eine aus den Vertretern der jüdischen Gemeinden Rumaniens zusammengesetzte Abordnung empfangen hat. Diese hat dringend um eine Nachprüfung der Judengesetzgebung. Der König erklärte ihr, daß der augenblickliche Zeitpunkt es unter keinen Umständen zulasse, sich mit der jüdischen Frage zu befassen. Die gesamte Kraft der Nation müsse jetzt für eine siegreiche Beendigung des Feldzuges und für die Eroberung Siebenbürgens zusammengefaßt werden. Nach einem siegreichen Feldzuge werde es dann an der Zeit sein, der Frage einer Reform der Judengesetzgebung näherzutreten.

Die Verhandlungen des Würzburger Parteitags.

Zweiter Verhandlungstag.

Würzburg, 16. Oktober.

Vorsitzender Auer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Von der gemäßigten sozialdemokratischen Partei Bulgariens ist ein Glückwunschtelegramm eingegangen: „Vorwärts zum dauerhaften deutschen Frieden!“ — Als Absender zeichnet Salajoff. (Lebhafte Beifall.)

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Stellung-Nebel: Anwesend sind 282 Delegierte aus 258 Kreisen, ferner 66 Reichstagsabgeordnete, 9 Mitglieder des Parteivorstandes, 5 Mitglieder der Kontrollkommission, ein Mitglied des Zentralbildungsausschusses, ein Vertreter der Redaktion der „Neuen Zeit“ und ein Vertreter der Redaktion der „Gleichheit“, 8 Mitglieder des Parteiausschusses und ein Referent; insgesamt 364 Parteitagsteilnehmer, darunter 9 Genosseninnen. Mehrere Delegierte, die im Militärverhältnis stehen, haben nicht abkommen können. Sämtliche Bezirke des Reiches sind gut vertreten. Beschlüsse und Protokolle sind nicht eingegangen.

Nach dem Antrag der Mandatsprüfungskommission werden alle Mandate für gültig erklärt.

Debatte über den Vorstandsbericht

wird fortgesetzt.

Wenz-Lothring: Befänden heute noch die allen Gegenläge aus der Vorkriegszeit, so stünde ich noch heute auf der Linken. (Hört! hört!) Aber wie kam es zur Fraktions- und Parteizerschlagung? Nur ein paar feststehende Tatsachen! Vor der Entscheidung des 4. August hielt

die Linke eine Sonderfraktion

ab. (Hört! hört!) Nach kurzer Beratung ergab sich nahezu Einstimmigkeit für die Kreditbewilligung. (Hört! hört!) Nach Weismann-Hollweg's Erklärung über die Völkerrechtsverletzung gegen Belgien trat die Fraktion noch einmal zu einer zweifundigen Beratung zusammen. Niemand, nicht einer regte an, deswegen die deutsche Verteidigung zu gefährden. Auf geradem Wege konnte man also gegen die Kriegspolitik der Partei gar nichts einwenden; so kam man zu Schluß gegen und befristetlichem Ueberfall. Die Schuld daran trägt die infame Wählerarbeit der Henke und Herzfeld und ihrer gesamten Helfershelfer. Der Vergleich mit dem Sozialistengebiet, die Verurteilung auf den Massenstreik dabei verhängt nicht. Das sind Erinnerungen aus Friedenszeiten. Heute aber wäre der Massenstreik! Verrat. Gewiß drängen wir die Regierung zur Arbeit über die Kriegsziele, aber wo sind die Kriegsziele der Unabhängigen, wie stehen sie zu Elsch-Lothringen, wie zum aktiven und passiven Widerstand? Unsere Haltung ist klar: Sind die feindlichen Regierungen zum Frieden bereit und die deutsche Regierung lehnt ab, dann haben Sie die Revolution im Lande. (Beifall.)

Fidel-Blauen: Scheidemann sprach mit gewohntem Optimismus und Kolb ergänzte ihn, die Unabhängigen würden nach kurzer Zeit ein kleines Häuflein Arafales geworden sein. Aber Scheidemann hat schon oft mit gleicher Sicherheit falsch prophezeit. (Scheidemann: Beispiele!) Ich erinnere nur an die Mitteilungen Scheidemanns über Weismann-Hollweg's Stellung zum Frieden. (Unruhe und Widerspruch.) Die Spaltung in der Partei drehte sich nicht bloß um die Kreditbewilligung, sondern entzündete der Furcht, daß die Partei die alten Grundzüge und Methoden verläßt, die sie groß gemacht haben. Man denke nur an die schärfsten Leistungen der Lenks und Heilmann. Gewiß, wir haben Redefreiheit in der Partei, aber alles hat seine Grenzen. Arbeiten doch gewisse Leute mit den Gründern der Vaterlandspartei, etwa dem Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, in der Kolonialgesellschaft und der Deutschen Gesellschaft von 1914 zusammen. Hatte da nicht der Parteivorstand die Pflicht zu erklären, daß die Partei mit solchen Führern der Partei nicht mehr zu tun hat? (Zuruf: Führt Hoenisch die Partei?) Gewiß ist das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien alte parlamentarische Notwendigkeit, aber das jegliche dauernde Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien zu bestimmten Zwecken (Anruhe und Lachen) ist doch überaus bedenklich. Nehmen Sie die letzte Resolution Braun an! Die Resolution Severing tut tatsächlich alles, um die Wiedervereinigung zu hintertreiben. (Große Unruhe. Zurufe: Unerhört! Skandal!) Scheidemann rurt: Das entspricht Ihrer ganzen Art! Ich wollte damit sagen, daß Sie die Einigung nicht fördern, welche für die Arbeiter eine Lebensnotwendigkeit ist.

Schinner-Fürst: Die Einigungsresolution entspricht nicht einer Anregung Adolf Stans, sondern Karl Brägers und geht aus den besten Motiven hervor. Ganz zu Unrecht hat Schöpflin gemeint, erst müsse das aus der Zerplitterung entspringende Unheil die Abgeplitterten belehren. Uns erscheint es Pflicht, rechtzeitig vor dem Unheil zu warnen. Leider spielt auf diesem Parteitag nicht wie sonst die Bildungsfrage eine bedeutende Rolle, aber wir halten daran fest, daß sie unsere schärfste Aufmerksamkeit verdient. Weniger Streit und mehr Aufklärung in die Arbeiterköpfe über den Sozialismus! (Beifall.)

Wetzler-Glehen: Die großen für die „Partei-Korrespondenz“ aufgewandten Mittel sollten lieber der kleinen Provinzpresse zur Verfügung gestellt werden. Wenn es sich in Sachen Elsch-Lothringen lediglich um die kleineren französisch-sprechenden Grenzgebiete handelte, und dadurch viele Menschenleben gespart werden könnten, sollten wir nicht statt auf unserem Besten beharren. — Was die Parteispaltung angeht, so wird sich die Arbeiterklasse auf die Dauer nicht zwei sozialistische Parteien mit gleichem Programm gefallen lassen. (Sehr wahr!) Die Haltung eines Teils der Arbeiterpresse zu Kriegsbeginn mußte unter den Arbeitern Verwirrung anrichten. (Zuruf: „Nordhäuser Volkszeitung“, „Leipziger Volkszeitung“) Auch andere Blätter, wie das „Hannoversche Echo“, haben zuweilen chaotisch geschrieben. (Weiterkeit.) Zum Schluß bedauert Kolb, daß es nicht gelungen sei, Kautsky, den bedeutendsten Führer des wissenschaftlichen Sozialismus, der „Neuen Zeit“ zu erhalten.

Mollenhuth: Selbstverständlich begeistert das Streben nach Einigung die weitesten Arbeiterkreise, aber damit kommen wir der Einigung nicht einen Schritt näher. Ist denn nicht die Spaltung systematisch vorbereitet und planmäßig herbeigeführt worden? (Sehr gut!) Und nachdem es diesen Leuten gelungen ist, die Spaltung herbeizuführen, sollten sie umkehren und sich wieder einigen? Auch 1876 hat erst Lessendorff mit seiner Zertrümmerung beider Organisationen den Weg zur Einigung bereitet. Dabei war damals die Einigung viel leichter, die Gegenläge viel geringer. Heute kann ich an eine nahe Verständigung nicht glauben. Seit Most und Haffemann haben wir eine anarchistische Strömung in der Partei. Diese Anarchosozialisten sind eine Hauptursache der Spaltung der Partei. (Sehr wahr!) Anarchosozialist ist übrigens kein Schimpfwort. Einer der allersympathischsten Genossen der Opposition, Raphael Friedberg, hat das Wort auf sich selbst geprägt. Mit Bakunin kämpft man gegen die Tyrannei der Mehrheiten, das charakterisiert die anarchistische Methode. Dazu kommt das wüste Schimpfen der Unabhängigen, mit dem sie den Reichsverband in den Schatten stellen, darüber hinaus noch das niederträchtige Verleumdungen. Ein Mann, der es genau kennt,

Franz Mehring (Weiterkeit), hat schon im voraus diese Methode charakterisiert: „Es gibt nicht leicht ärgere Jesuiten als bornierte politische Radikale. Auf ihre Tugendhaftigkeit pochend, scheuen sie vor den ärgsten Verleumdungen nicht zurück.“ (Große Weiterkeit und Beifall.)

Fischer-München: Die Wiedervereinigung mag schwer sein, aber sie ist unbedingt notwendig, sie entspringt dem Willen und Gefühl der breiten Massen. Unverkäuflich war es, daß die Unabhängigen sich von der Partei trennten, sie hätten innerhalb der Partei für ihre Anschauungen wirken sollen. (Sehr richtig!) Jeder ehrliche Vertreter der Arbeiterinteressen muß mit aller Kraft für die Wiedervereinigung eintreten. (Bravo!) — Unsere Jugendbewegung muß so kräftig wie möglich gefördert werden, auch die körperliche Ausbildung der Jugend muß planmäßig gefördert werden. Darum haben wir die Pflicht, aufs engste mit dem Arbeiter-Turner-Bund zusammenzuarbeiten. Darin ist in letzter Zeit nicht das Richtige geschehen und Besserung tut not. (Beifall.)

Brühl-Hannover: Es handelt sich schon längst nicht mehr um Meinen oder Denken, sondern um Sein oder Nichtsein der Partei. Toleranz haben wir bis aufs äußerste geübt, aber wenn man zum Zeitungshörsaal oder zur Beitragssperre greift, dann muß die Existenz der Partei verteidigt werden. Wenn der Wille zur Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit fehlt, dann fehlt auch der Wille zur Einigung. Wäre die Stellung zum Kriege für die Unabhängigen wirklich eine Gewissensfrage, so könnten sie ganz ohneärm freiwillig aus der Partei scheiden. Aber einigen Führern der Unabhängigen kann ich den guten Glauben nicht zugestehen. Jedenfalls haben sie alle fast jedes Verantwortungsgesühl vermissen lassen. Ich kann dem Parteivorstand keinerlei Schuld für die Zerplitterung beimesen. Ohne Unterordnung unter die Mehrheit hat die Organisation keinen Sinn. Wir wollen die Einigung, aber nur auf der Basis der demokratischen Grundzüge. (Beifall.)

Giermann-Münster: Die Münsterer Einigungsresolution ist nicht das Werk einzelner Genossen, sondern der einmütige Willensausdruck der Münsterer Gesamtparteigenossenschaft. Fehler und Seitenprünge sind überall vorgekommen. Einzelne Parteigenossen haben an Veranstaltungen teilgenommen, die uns gar nicht berühren, z. B. an der Seite des Grafen Westarp und ähnlicher Geister. Auch die allzu starke Vertrauensseligkeit zur Regierung hat sich an der Hand der Tatsachen nicht als berechtigt erwiesen. Aber ich will darauf keinen besonderen Nachdruck legen, weil Ebert gesagt hat, daß wir von unseren Grundzügen nicht das mindeste preisgeben wollen. Wir wollen in der Tat keine Reform unseres Programms, wir wollen bleiben, was wir vor dem Kriege waren. Darauf müssen sich alle wieder einigen. Für die Einigungsarbeit brauchen wir einen Ausschuss aus Genossen, die nicht im Vordergrund des Streites stehen und nicht persönlich verbittert sind. Viele, die ausgetreten sind, haben uns gesagt, sie hoffen, daß es nur für Zeit sei. Möge ihr Wunsch in Erfüllung gehen. Schaffen wir eine möglichst einmütige Kundgebung für diese Einigung. (Beifall.)

Giermann-Müller (Parteivorstand): Stockholm hat leider kein erfreuliches Bild: Die Internationale und fast jede einzelne ihrer nationalen Sektionen ist zerrissen. Das schmerzt uns und so mehr, als wir nicht in Schlußfestimmung zu den internationalen Tagungen führen, sondern gewißt waren, praktische internationale Arbeit zu leisten. Dafür haben wir ja praktische

Beweise unserer taftkräftigen internationalen Gesinnung

gegeben, auf die wir heute noch stolz sind. (Beifall.) Im Scheitern des Werkes von Stockholm trägt die Entente die Schuld. (Sehr wahr!) Da hat selbst das holländisch-flandrische Komitee, in dem wohlrich genug Freunde der Entente sitzen, in seinem letzten Manifest Protest gegen die brutale Forderung der Entente einlegen müssen. (Hört! hört!) Wir haben alles getan, um die Friedensarbeit zu fördern. Auch in Frankreich ist die Friedenssehnsucht stark. Aber andererseits steht doch fest, besonders nach dem Parteitag von Bordeaux, daß die Thomas und Renaudel ihre Politik der Friedensveränderung und der Sabotage an Stockholm noch treiben können. Diese französischen Genossen wollen unsere Ankläger sein — sie, wenn sie die Politik Ribots und Painlevés so intim mitgemacht haben, wie keine andere sozialistische Partei mit ihrer Regierung gegangen ist. (Sehr wahr.) Sie glauben für Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen, aber sie vergessen, daß auch ihre Anexionisten dabei an das Saareck und an Syrien denken. Wenn man nicht zusehert, daß auch gegen Deutschland keine Anexionen vorgenommen werden, macht man uns den Kampf gegen Anexionen in Deutschland unmöglich. (Sehr wahr!) Die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ist leider sehr zweideutig, man kann damit die Zerreißen ganz Osteuropas herbeiführen und mancher will es. (Sehr wahr!) Aber nehmen wir die Formel an — wo ist denn aus der Mitte Elsch-Lothringens der Wunsch auf Befreiung von Deutschland laut geworden? Niemand, nirgends, nicht einmal unter dem Schutz der Immunität. (Sehr wahr!) Unter Kriegsziel bleibt die Sicherung der Unversehrtheit des Deutschen Reiches. (Lebhafte Beifall.) Wir haben den Frankfurter Frieden anerkannt. Auf der Verner Konferenz wurde unter den Kriegserfindern, die Europa bedrohen, die elsch-lothringische Frage nicht genannt. Das war Beweises ausdrücklicher Wille, weil die Frage ihm vollständig erledigt und kein Diskussionsgegenstand mehr war. (Hört! hört!) Nur einem vollständig besiegten Deutschland kann Elsch-Lothringen entrissen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wer die Abtretung Elsch-Lothringens zum Verhandlungsgegenstand machen will, verzögert den Frieden. (Sehr wahr!) Ein Zugeständnis von unserer Seite würde die französischen Forderungen doch nicht erfüllen. Nach französischer Vorstellung sollen ja zur Abstimmung nach 1871 eingewanderte Deutsche nicht zugelassen werden. (Hört! hört!) Auch tatsächlich wäre nichts verfehlter, als etwa eine Volksabstimmung zwei oder drei Jahre nach Friedensschluß. Das würde nur die Blut des Hoffes neu entfachen. (Sehr wahr!) Nach dem Kriege wird auch Frankreich zur Vernunft kommen. Wenn es erst überdenkt, daß es für diesen Krieg mehr Männer geopfert hat als Elsch-Lothringen überhaupt einwohner hat, wird es mit denen abrechnen, die um Elsch-Lothringens willen den Krieg verlängern. (Sehr wahr!) Auch von anderer Seite wird hoffentlich auf die französische Regierung und die französischen Sozialisten ein Druck ausgeübt werden — ich denke an Rußland. Wir haben niemals einen Sonderfrieden erstrebt, sondern kämpfen dafür, daß das Wort den zu Lande, zu Wasser und in der Luft aufliegt. (Lebhafte Beifall.)

Reichstagsabg. Krätzig: Ich verwahre mich von vornherein dagegen, daß man jemand als Gegner der Einigkeit hinstellt, weil er irgend einer Resolution nicht zustimmt. (Sehr gut.) Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir mit einer Kommission von Genossen, die dem inneren Parteileben im Kriege fremd geblieben sind, Gutes erreichen können. Dadurch würde nur neuer Streit entzündet. Auch der Friede im unglückseligen Bruderkrieg wird, wie der Friede im Völkerkrieg erst kommen, wenn die demokratischen Grundzüge allgemein anerkannt und die Gegner zum Frieden bereit sind. Sie wollten sich der Mehrheit nicht unterordnen,

deshalb ist der Parteivorstand frei von Schuld an der Parteizerschlagung. Der Einwand, daß hinter den Instanzen nicht die Mehrheit der Genossen stehe, hat nicht mehr Gewicht als die Behauptung der Aildentschen, daß hinter der Reichstagsmehrheit nicht die Mehrheit der Wähler stehe. Von der nächsten Zukunft erwarte ich sehr wenig, nicht wegen des bösen Willens der Unabhängigen, sondern wegen der tatsächlichen Meinungsverschiedenheit über prinzipielles und praktisches Verhalten. Bei den Unabhängigen ist die Politik der praktischen Arbeit auf dem Nullpunkt, bei uns die Politik der Schlagworte und Demonstrationen. (Sehr gut!) Da brauchen die Arbeiter erst keinen Anschauungsunterricht zur Einigungsfrage. Sie können prüfen, ob die Interessen der Arbeiter gefördert werden, wenn man mit Westarp, Heydebrand und Heyl gegen die Kriegsgewinnsteuer und gegen die Friedensresolution, wenn man mit dem Schnapsjunker Kretsch gegen die Parlamentarisierung stimmt, wenn man den Opfern des Krieges das Kapitalabfindungsgesetz verweigert. (Sehr gut!) Dieser Anschauungsunterricht muß wirken und er muß verstärkt werden durch unsere positive Arbeit. Nur durch Organisation und Arbeit, nicht durch leere Worte und Demonstrationen wird der Arbeiterklasse gedient und die Einheit wieder hergestellt. (Lebhafte Beifall.)

Gruard-Schmitt-München: Weder die Sozialdemokratie noch das Gros der bayerischen Bevölkerung will Elsch-Lothringen den sächsischen Regierung angliedern. Auch die bayerische Regierung hat diesen Gedanken aufgegeben. (Hört! hört!) Mit dem Parteifrieden geht es genau wie mit dem Völkerrfrieden, solange die anderen nicht wollen, kommt er nicht zustande. (Hört! hört!) Wir in Bayern haben die Disposition nie gebekmt und gehindert. Trotz der ziemlich stark verbreiteten schandigen und schmierigen Flugblätter haben wir ihnen stets volle Freiheit gelassen. Nur vor Sonderorganisationen haben wir einbindlich gewarnt und die sind doch gekommen. Wir haben heute noch nicht einmal eine Mitteilung darüber, wie Simon sich künftig zu unserer Landtagsfraktion stellen wird. Die energische praktische Arbeit für die Arbeiterklasse wird die Massen uns erhalten und die Unabhängigen werden verschwinden, wie einst die Jungen. (Sehr gut!)

Winkelmann-Bremen: Bedingungslose Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit ist die Voraussetzung der Einheit. Solange das nicht anerkannt wird, ist jeder Einigungsversuch zwecklos. Wir müssen warten, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse mit zwingender Gewalt auch die Widerstrebenden zur Einigung führen. Wir sind eine Kampfpartei, wir brauchen geschlossene Formationen. Die gesamte Parteipresse muß die Politik der Partei unterstützen. Bei Zweifeln und Meinungsverschiedenheiten des einzelnen sind unsere wissenschaftlichen Organe „Neue Zeit“, „Globe“ und „Sozialistische Monatshefte“ da.

Landberg-Magdeburg: Die Gegner jeder Einigungskundgebung bewegen sich in einem merkwürdigen Widerspruch. Sie anerkennen, daß die Einigung unbedingt notwendig ist, wollen aber gleichwohl damit bis nach der nächsten Reichstagswahl warten. Ich denke mit Schrecken an das Bild zweier sich bis aufs Messer bekämpfenden sozialistischen Parteien im nächsten Wahlkampf, der das Schicksal Deutschlands auf 50 Jahre entscheiden soll. Die Unabhängigen werden sich hauptsächlich auf unsere alten Wahlkreise stützen und welchen Schaden der gegenseitige Zwiespalt anrichtet, das kann man nach Scheidemann's Solinger Erfahrungen 1898 ermessen. Auch die Spaltung der Gewerkschaften ist beim Fortbestand der Parteispaltung unvermeidlich. Die Unternehmervverbände können einträchtig zusammenarbeiten trotz der verschiedenen politischen Stellung ihrer Mitglieder. Die Arbeiter sind aber so leidenschaftliche Politiker, daß sie mit anders Gerichteteten nicht zusammenarbeiten können. Wenn nach der Unabhängigen Zukunft dann neue unabhängige Gewerkschaften arbeiten, werden wir Furchtbares erleben. (Sehr wahr!) Einigkeit ist das höchste wirtschaftliche Gebot der Arbeiterklasse. Bei den Unabhängigen hat die Spaltung einen

Geist der Sabotage

entbunden. Sie stimmen gegen unsere Verbesserungsanträge zum Gesetz über den Wiederaufbau der Handelsflotte, damit wir das ganze Gesetz ablehnen müssen. Sie stimmen gegen unsere Friedensresolution und ernten dafür den Tadel Krollstrass, aber den Jubel der „Times“. (Sehr gut!) Herzfeld stimmt in der Kommission gegen das Weiskwerderecht der Schugglästler, wobei ihn allerdings keine Fraktion desabvüerte. Ledebour kämpft jeden Tag im Hauptausschuss für die Parlamentarisierung, aber Stadthagen und Barm stimmen gegen die erste Voraussetzung dafür, die Streichung des letzten Absatzes des Art. 9 der Verfassung. Die Unabhängigen bringen unseren Antrag auf Befreiung der politischen Senjur zum Fall, dessen Annahme im Reichstag sonst sicher war. (Hört! hört!) Im Interesse der Arbeiter müssen wir diese Sabotage hindern und deshalb die Einigung betreiben. Alle möglichen Beschimpfungen dürfen uns nicht hemmen. Wir sind doch keine Korpsstudenten. (Sehr gut!) Auch Eisenacher und Zalksleener haben sich früher Regierungssozialisten und Stipendiaten des Königs von Hannover geschimpft und doch war der Einigungsongreß der schönste Tag ihres Lebens. Freilich, die andern werden die Einigung jetzt nicht wollen. Sie erwarten alles vom Reichskanzler Michaelis, der wohl Ehrenmitglied der Unabhängigen werden soll. (Weiterkeit und Sehr gut!) Deshalb lagen wir deutlich: Lieber mit den Gekühteten als mit den Privilegierten, wenn unsere Gleichberechtigung dem kompromittierenden Wohlwollen dieses Kanzlers zugeschrieben werden soll. (Lebhafte Beifall.) Jedenfalls müssen wir den Massen zeigen, daß wir nicht das Hindernis der Einigung sind und daß wir die Unabhängigen nicht aus der Partei hinausgedrängt haben. Wir sollten deshalb die Einigungskundgebung erlassen; aber eine besondere Kommission zu wählen, solange die Unabhängigen die Einigung nicht wollen, wäre nur die Errichtung eines Iomischen Kultus und es entspricht nicht unserer Würde, ein solches zu schaffen. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Abg. Reinert-Hannover: Die Spaltung führt zurück auf das Treiben der kleinen Gruppe, welche seit langem die Politik der Partei grundsätzlich bekämpft. Ich erinnere an ihren Protest gegen das Dämpfungsabkommen von 1913, das doch eine große geschichtliche Tat war, weil es die Machtenfallung der Partei im Kriege erst ermöglichte. (Sehr wahr!) Jetzt so zu tun, als ob bloß taktische Meinungsverschiedenheiten da wären, ist ein auf Täuschung der Massen berechneter wohlüberlegter Schwindel. Die Wählerarbeit begann mit der Aufhebung der Frauen und Jugendsachen, und schritt dann zur Beitragssperre. Ich erinnere nur an den Fall Meyer. Klara Reitz war Jahre lang Redakteurin der „Gleichheit“, ohne Beiträge zu zahlen. Thalheimer, Rinker, Sepp Dertter, bewährte Parteiführer, wurden herbeigeholt, um die Spaltungsarbeit zu betreiben. Solange die Massen der Arbeiter bei den Unabhängigen nicht zu Worte kommen, habe ich wenig Hoffnung auf Einigung; aber die wirtschaftliche Notwendigkeit wird schließlich die Arbeiter, wenn nicht die Führer, um unsere Politik vereinigen. (Lebhafte Beifall.)

Walter-Rundzug begrüßt mit Genugtuung den Erfolg der letzten Monate. Vorüber, der sich der Einigungsbewegung, wurde-trotz allen guten Willens in die Parteispaltung hineingezogen. Obwohl wir der Opposition nie ein Haar gekrümmt haben, gingen Aschaffenburg und Hof zu den Unabhängigen über. Beide Kreise erklären dabei, daß sie gegen das Vergleichen des Landes- und Bezirksvorstandes nichts einzuwenden hätten, aber aus grundsätzlichen Erwägungen sich trennen müßten. Der Uebertritt zu den Unabhängigen wurde einstimmig beschlossen, aber über die Hälfte der Wahlvereine ist schon zurückgekehrt und unsere Organisation ist so stark wie vorher. (Lebhafte Beifall.)

Wenge-Begegnung: Bestand wirklich schon vor dem Kriege ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Gaase und Bernstein auf der einen und dem Parteivorstand auf der anderen Seite? Erst die Politik des 4. August hat sie geschaffen. Eine ganze Reihe von Fortgeschritten ist mit der Kreditbewilligung nicht einverstanden. Nachdem die Annerkennung der Regierung zum Vorzeichen kamen, hätte man die Kredite ablehnen müssen. (Lachen und Widerspruch.) Ob freilich nach der Antwort an den Papst und der Rede Kühlmanns noch von deutschen Annerkennungsbüchsen gesprochen werden kann, lasse ich dahingestellt.

Richard Fischer-Berlin: Niemand wird sich dem Gefühl des Schmerzes über die Tatsache entziehen, daß die große soziale Demokratie, die nach Vebel nur noch Siege erwartete, jetzt ein Bild der Zerklüftung und Zerissenheit bietet. Da müssen wir zeigen, daß wir nicht das Hindernis der Einigung sind. Wozu würde ich allerdings die Hand nicht geben, und mancher wird sie mir nicht geben. Aber mit der Partei- und Arbeiterbewegung dürfen solche persönlichen Gesichtspunkte nicht vermischt werden. Da muß das Wort bestehen bleiben: Mit den Führern, wenn sie wollen, ohne und gegen sie, wenn sie nicht wollen! (Sehr gut!) Denn die Einigung ist eine Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung. Aber ist die Einigung auch möglich? Kann die Einigung nicht machen, sie muß werden. Solange die Kritik nicht überwunden ist, ist die Einigung nicht möglich. Aber wie wollen alles tun, den Heilungsprozess zu beschleunigen. Einer besonderen Kommission bedarf es nicht, dafür sind Parteiführung und Parteivorstand da. Jeder die praktischen Ausrichtungen denke ich sehr pessimistisch. Vor der Rückkehr der Feldgrauen ist eine Einigung ganz ausgeschlossen, aber wahrscheinlich werden wir erst einen langen Leidensweg gehen müssen. Erst müssen schwere Niederlagen als Folgen des uneligen Bürgerkrieges über die Arbeiter kommen, ehe sie zur Vernunft zurückkehren. Heute halten sie sich vielfach von der Partei ganz fern. Selbst die Arbeiter der Munitionindustrie mit ihren teilweise guten und hohen Löhnen sparen sich alle Beiträge und lesen bürgerliche Blätter. Der Schaden der Zerklüftung ist sehr tief, als wir heute schon sehen. Auch ich erwarte die Spaltung der Gewerkschaften und viele schlimmen Rückschläge. Dadurch werden dann die Arbeiter erkennen, daß der ganze Glaubensbekenntnis, der Streit um die Reichstagsfähigkeit, unsinnig ist. Deshalb bin ich bereit, alles für die Einigung und das Arbeiterinteresse zu tun. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Das Schlußwort erhält:

Obert: Ich halte zunächst richtig, daß der Wahlverein Weimar nicht aus der Partei ausgeschlossen ist. Gegenüber Düttmann halte ich fest, daß der Parteivorstand alles getan hat, um den Druck zu vermeiden und eine Vermeidung der Streitigkeiten zu verhindern. Düttmann kann nicht als Vertreter der Ob- und Unterschicht gelten. Er hat als Vorsitzender des Bezirks Frankfurt a. M. ein Flugblatt für den Boykott des Parteiblattes unterzeichnet. (Hört, hört!) Mit dem Eingreifen in den Fällen „Neue Zeit“ und „Gleichheit“ haben wir lange Zeit geschätzt. Den Vorwurf, daß wir zu rigoros verfahren seien, hätte ich nicht erwartet. (Sehr wohl!) Erst als Kandidat zur anderen Partei übertrat, haben wir die Maßnahmen getroffen. (Lebhafte Beifall.) Vor hebt auch noch ein Jahr gewartet! Alara Zeit hat schon jahrelang keine Beiträge gezahlt! Die „Neue Zeit“ war nicht persönliches Eigentum von Karl Krauß, sondern Parteiorgan wie jedes andere; nur daß für sein Parteiorgan relativ so große Opfer der Gesamtpartei gebracht wurden wie für die „Neue Zeit“. (Sehr wohl!) Krauß hat sich nur durchziehen, was er selbst 1900 zum „Vorwärts“ konflikt geschrieben hat. (Sehr gut!) Nicht geklärt, sondern kameradschaftlich haben wir ihm das Trennungsschreiben und ihm dabei noch für seine vieljährige Tätigkeit gedankt. Aber über alle persönliche Rücksichtnahme geht das Interesse der Gesamtpartei. Die Meinungsfreiheit in der „Neuen Zeit“ wird in Zukunft durchaus gewahrt werden. Adolf Brauns Beschwerde erscheint uns gänzlich unbegründet. Unmöglich konnte Cuno alle zurückgelassenen Manuskripte nachträglich abdrucken. Es ist noch unserer Auffassung durchaus korrekt verfahren.

Es ist wiederholt gesagt worden, warum wir nicht auch gegen die Genossen einschreiten, die in der „Globe“ und in den „Monatsheften“ schreiben. Wir waren über manchen Artikel außerordentlich ungeschicklich, aber woher soll der Parteivorstand das Recht nehmen, irgendwem gegen diese Genossen einzuschreiten. (Sehr wahr!) Unsere Rechte sind im Statut festgelegt, wir können nur im Rahmen unserer Kompetenzen handeln. Da steht nichts darin, daß wir jemand wegen seiner freien Meinungsäußerung zur Rechenschaft ziehen können. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß jeder Genosse Zustimmungen auf Takelstapeln häufen kann. Kritiken haben wir den Genossen oft genug beiseite gefegt, aber unternehmen können wir gegen sie nichts. Jeder den Charakter der Politik des Parteivorstandes kann trotzdem kein Zweifel bestehen. Wir stehen geschlossen auf dem Satze, daß

der Klassenkampfcharakter der Partei gewahrt

bleiben muß, daß er die Grundlage unserer Partei sein und bleiben muß. (Lebhafte Beifall.) Wie sollen wir nicht alle die Bedeutung der Einigkeit erkennen? Haben nicht Spannkraft und Volkstun schon an der Wiege der Partei gehandelt, hat der Parteivorstand nicht immer wieder bis zum letzten Augenblick gewarnt und gemahnt und gebeten, die Einigkeit zu erhalten. In der Fraktion haben wir es als selbstverständlich erklärt, daß, wenn die Minderheit zur Mehrheit werden sollte, wir uns natürlich unterwerfen werden. Aber Spott und Hohn war die Antwort auf all unsere von warmer Liebe zur Partei eingehenden Bemühungen. (Sehr richtig!) Zur Wiedervereinigung gehören aber gewisse Voraussetzungen. Wo ist der gute Wille auf der anderen Seite? Lieben uns die Unabhängigen im Reichstag nicht immer wieder herab, selbst die Debatten, bei denen eine geschlossene Front selbstverständlich sein müßte, wie bei der Interpellation über die Umtriebe im Heere? Selbst die Stadtverordnetenfraktionen werden zerrissen, überall nur Luft an der Zerstückung und Sprengung. Nicht nur politische Anschauungen trennen uns, die Taktik der Unabhängigen würde die Arbeiterklasse zum Putschismus führen. Wie sollen wir uns da wieder vereinigen? (Sehr richtig!) Vor allem aber muß man in jeder demokratischen Partei, zumal in unserer Kampfpartei, demokratische Unterordnung unter den Mehrheitswillen verlangen; eine Verantwortlichkeit der Unabhängigen dazu konnte aber kein Redner mitteilen. (Zustimmung.) Adolf Braun, dessen besten Willen ich natürlich vollstollig anerkenne, ist im Juli 1916 in den Sündenpfuhl geworfen worden, nur weil er Verhandlung und Einigung wollte. Die von ihm beantragte Kommission hätte gar keine Kompetenzen, gar keinen Auftrag der Partei. Sollen bei etwaigen Verhandlungen drüber die Parteiführungen der Unabhängigen und der Partei der Sozialisten stehen, auf unserer Seite aber eine Kommission, die über die vertraulichen Dinge der letzten drei Jahre gar nicht informiert sein kann? Die Stunde der Einigungsverhandlungen wird kommen, diese aber wird Sache der Parteiführung, des Parteiausschusses und des Parteitag sein. Deshalb bitte ich dringend, den Antrag Braun abzulehnen dagegen die Anträge Württemberg-Würzburg (Auftrag an alle Parteigenossen, die Parteipresse und

den Parteivorstand, bei günstiger Gelegenheit im Sinne der Wiedervereinigung zu wirken) und Sebering (Voraussetzung der notwendigen Wiedervereinigung ist die Anerkennung der Mehrheitsbeschlüsse) anzunehmen. Damit bringen wir den Willen zur Einheit und Geschlossenheit der Partei zum Ausdruck. Mehr können wir zurzeit nicht tun. (Zustimmung.) Im übrigen gilt es aber, die ganze Kraft einzusetzen für die Stärkung und den Ausbau unserer Organisation. Wenn der Krieg vorbei ist, wenn die Aufgaben des Friedens an uns herantrifft, dann werden die Arbeiter mit aller Eigenbrödelerei und aller Sonderorganisation sehr schnell aufkommen. Ich bin fest überzeugt, die Arbeiter Deutschlands werden noch vor dem nächsten Wahlkampf reise Bahn machen. Das besetzen wir am besten vor, wenn wir uns frei machen von allem Parteigezänk und die ganze Kraft den positiven Aufgaben der Partei zuwenden. Tun wir alles in den Parlamenten und in der Partei für die Arbeiterklasse, dann können wir frohen Mutes der Zukunft entgegen schauen, dann wird der Sieg unser sein, trotzdem und allemal! (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Braun und Bräune verzichten auf ihre Schlußworte, da gegen ihre Berichte Einwendungen nicht erhoben worden sind.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dr. Reuß: Ich kann in der Partei stehen, wo ich will, ich kriege immer Prügel. (Große Heiterkeit.) Darüber freue ich mich, schade um jeden Schlag, der vorbeigeht; in dieser Debatte sind aber viele vorbeigegeben. Damit sich die Genossen, die meine Schriften tabeln, auch über sie unterrichten können (Heiterkeit), habe ich ein Studienexemplar hier hinterlegt. (Heiterkeit.)

In einer Reihe persönlicher Bemerkungen zwischen Braun (Parteivorstand) und Düttmann-Frankfurt a. M. wird der Frankfurter Pressenotstand behandelt. — Dr. Adolf Braun-Württemberg erklärt, daß er sich durch die gegen ihn gerichteten persönlichen Angriffe nicht getroffen fühlte.

Der Antrag auf Entlastung des Vorstandes wird gegen eine Stimme angenommen. Ebenso der Antrag Württemberg-Altdorf, Würzburg, u. pfälzlicher Wahlkreis:

Im Bewußtsein der unbedingten Notwendigkeit einer ungebrochenen Front — eine Notwendigkeit, die für die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterklasse auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Boden Voraussetzung jeder erfolgreichen Wirksamkeit ist — fordert der Parteitag alle Genossen auf, den Willen zur Parteieinheit zu fassen und diesem Willen alle anderen Gegensätze zu unterwerfen. Nur so kann dem unwürdigen Zustand ein Ende bereitet werden, daß unsere Bewegung, die immer Ausdruck eines auf die Zukunft gerichteten Friedens war, sich um etwa verführte Gelegenheiten der Vergessenheit jant und um diesen Jant auf dem Sprunge steht, wichtige Gegenwarts- und Zukunftsmöglichkeiten der Arbeiterklasse zu verpassen.

Eine Partei, die für die Verständigung der Völker wirkt und für den Frieden der Nationen eintritt, darf nicht um Mittel und Wege verlegen sein, in die eigenen Reihen einseitigen Sinn und Willen, unbedacht der abweichenden Auffassungen im Einzelfall, zu bringen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zeit, den Parteitag heutzutage, indem das große Ziel unserer Bewegung wieder ins Gesichtsfeld der Nation gerückt wird — die einseitige Aktion der Proletarier aller Länder!

In diesem Sinne beauftragt der Parteitag alle Parteiorganisationen und vor allem die Parteipresse und den Parteivorstand, bei günstiger Gelegenheit zu handeln.

Mit allen gegen sieben Stimmen wird die Resolution Sebering angenommen, deren Wortlaut wir bereits gestern wiedergaben.

Dadurch sind die Anträge 3-14 und der Antrag Adolf Braun erledigt, die gleichfalls die Einigungsfrage behandeln. Der Antrag Tellow-Berlin auf planmäßige Förderung des Absatzes der Parteiliteratur wird dem Parteivorstand überwiesen.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

## Der Bericht der Reichstagsfraktion.

Schmidt-Neichen beantragt, einem Korreferenten der Minorität unbeschränkte Redezeit zu geben. Vorsitzender Obert: Der Antrag ist bei sachlicher Berichterstattung über die Fraktionsarbeit ungenügend. Für die Frage der Kriegskredite wollen wir einem von der Minorität gestellten Redner verlängerte Redezeit gewähren. (Widerspruchlos wird so beschlossen.)

Referent Dr. David:

Die Frage, ob wir Recht daran haben, uns am 4. August 1914 auf die Seite unserer Nation zu stellen, ist unendlich viel diskutiert worden. Der Parteitag wird unsere Kriegskreditbewilligung mit großer Mehrheit gutheißen und am 4. August hätten Parteitag und Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit dasselbe getan. Damit ist die Frage eigentlich sachlich entschieden. Die Abstimmung am 4. August war ein weltgeschichtlicher Akt. Die deutsche Arbeiterklasse stand am Scheidewege und schlug einen der beiden möglichen Wege ein. Ein Zurück gibt es nicht mehr, aber die Arbeiterklasse will den Anteil an der Geschichte erledigen. Darum noch einmal kurz die Gründe und Folgen unserer Entscheidung:

Die Abstimmung am 4. August war keine über Krieg oder Frieden. Der Krieg war eine unabänderliche Tatsache und die Gefahr war groß. Was tun? Eine Niederlage hätte, so schrieb Eduard Bernstein am 26. August, Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung auf Jahrzehnte, vielleicht auf ein Menschenalter unterbunden. Das müßten auch wir und die einzige Rettung Deutschlands war die vollkommene Einigkeit aller seiner Bewohner. Danach entschieden wir. Nun gibt es prinzipielle Gegner der Landesverteidigung, die das Vaterland für eine kapitalistische Verwertungsphrasen erklären. Der Hauptvertreter dieses Verteidigungs-Nihilismus war Herbe, jetzt einer der wildesten Kriegshetze gegen Deutschland. Aber sein Standpunkt war nie der der Internationalen oder der deutschen Partei. Der Gedanke an eine Internationale, die nicht auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker ruht, und ihr Recht zur Selbstverteidigung nicht anerkennen will, ist undenkbar und die Vorstellung vollkommen utopisch, den Krieg durch eine internationale proletarische Weltrevolution zu beenden, nachdem wir noch nicht einmal eine Zusammenarbeit mit Franzosen und Engländern zustande bringen. Der ganze Verteidigungs-Nihilismus beruht auf der unwirklichen Vorstellung, daß die Menschheit einem nationlosen Weltstaat entgegengehe. Tatsächlich lehren Biologie und Geschichte die immer stärkere Ausprägung besonderer Eigenart. Wie stamme im August 1914 das deutsche Gemeinwesen, und Stolzgefühl trotz aller Verschüttung durch unsere unglückliche Entwicklung elementar auf. Wir hätten uns gegen

das elementarste Volkengedühl der Arbeiter

gar nicht auflehnen können, so tief war die richtige Empfindung, daß wir unendlich auf unsere Selbstbehauptung als Volk verzichten können. Die Unterschiede der Völker und ihre gegensätzlichen Interessen lassen sich nicht einfach aus der Welt dekretieren, nur dafür können wir arbeiten, daß sie friedlich ohne Waffen ausgetrieben werden. Darum ist der Verteidigungs-Nihilismus eine blutige Utopie. Aber er ist wenigstens konsequent hergeleitet aus der Lehre, daß der Arbeiter kein Vaterland habe.

Dann aber gibt es noch eine Gruppe, die prinzipiell die Landesverteidigung anerkennen, praktisch aber denen, die hinausgehen, die Mittel reinweg verweigern. Das ist ein unmögliches Durcheinander- und Zwischendurchgehen. Im Frieden könnten wir das Militärsystem wegen seiner antideмократischen Tendenz ab- im Kriege war dann keine Zeit. Wenn es brennt, kann man nicht am Sprengstoff

mädeln. Wir suchten den Brand zu löschen. Um das Lebensinteresse der Nation handelte es sich, nicht um ein Vertrauensvotum für die Regierung. (Sehr wahr!) Wir konnten unserm Land nicht in den Rücken fallen. Die Kriegskreditbewilligung wäre eine Parteinahme gegen das eigene Volk zugunsten der feindlichen Kriegstreiber gewesen. Die russischen Sozialisten haben die Mittel freiwillig bewilligt. Sehr konsequent, aber warum? Sie wollten die Niederlage ihres Landes, sie wollten den Sturz des Zarismus. Sobald das erreicht war, haben sie natürlich die Mittel zur Kriegsführung bewilligt. (Hört, hört!) Warum also mocht man uns Vorwürfe? Man sagt, und das ist ein neuer Vorwand gegen unsere Stellung, der Krieg sei für Deutschland gar kein Verteidigungskrieg, sondern ein weltgeschichtliches Verbrechen, ein Ueberfall auf friedliche Nachbarn. Deutschen haben die

Frage der Kriegsschuld

wenig behandelt, weil wir ihre Entscheidung erst von der Kenntnis aller Akte und von der Wissenschaft der Zukunft erwarten. Aber die Ententezialisten machten sie zu einem aktuell politischen Programm ersten Ranges. Sie verlangten, daß der Frieden ein Frieden der Ehre sein müsse. Deshalb durften wir nicht ausweichen und mußten in Stockholm über die Frage der Kriegsschuld sprechen. Bedurste, was ich dort ausgeführt habe, noch einer Bestätigung, so war sie in den Enthüllungen des Buchman-Prozesses und in den jüngsten Veröffentlichungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gegeben. Warum hat man nur dieses Material nicht längst veröffentlicht? Auch der jüngste französische Parteitag in Bordeaux hat sich wieder zu einer energiegelassen Kriegsführung bekannt, von der deutschen Sozialdemokratie aber Nachahmung des russischen Beispiels verlangt, dann sollten wir begnadigt und milde behandelt werden. Bürgen dafür seien die Worte Wilsons, Lloyd Georges und Ribots (spannende Heiterkeit). Ich erwarte, daß die Unabhängigen den Franzosen darauf die nötige Antwort geben. (Sehr gut!) Die französischen Genossen würden uns nach einer Niederlage gewiß nicht schaden können, selbst wenn sie wollten; sie haben ja nicht einmal ihre Fäuste durchziehen können. (Sehr wahr!) Der Vernichtungswille der Feinde ist ja noch härter geworden als zu Kriegsbeginn und die Gefahr für Deutschland heute größer als je. In seiner Stunde des Krieges konnte Deutschland über die reine Verteidigung hinausgehen. Beismann war kein reiner Annerkennung, er wäre sonst nicht so von den Alldeutschen gehetzt worden. Bedrängt durch starke Kräfte hat er sich immer weiter nach links entwickelt. So errangen wir die großen Erfolge unserer Friedenspolitik, das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 und die Friedensresolution vom 19. Juli 1917. Der Friedensblock des Reichstages hat sich als fest erwiesen und seine Abweichung der Regierung von dieser Reichstagsentscheidung geduldet. Die deutsche Antwort auf die Forderungen ist ein weltgeschichtliches Dokument innerpolitisch und außenpolitisch. Zum erstenmal ist ein internationales Dokument von solcher Tragweite unter Mitwirkung des Parlaments abgefaßt worden. Auch der Versuch der Vaterlandspartei, die bürgerlichen Anhänger der Friedensresolution wandelnd zu machen, ist zurückgeschlagen worden. Diese Vaterlandspartei ist keine Volkspartei, sondern eine Inszenierung von Großadmiralen, Herzögen, Landesdirektoren, Großindustriellen, Professoren usw. Sie richtet sich im Gegenteil gegen das Volk selbst und gegen seine Rechte. Unsere Arbeiterbewegung muß auf der ganzen Linie mit voller Energie den Vaterlandsparteilern entgegengestellt werden. Im vierten Kriegsjahre warnen sie vor englischen Friedensführern. Zum nicht geringen Teil rührt das Kapital dieser Partei aus den ungeheuren Gewinnen her, die jene Leute in der Kriegszeit gemacht haben. Wir müssen in der Presse alle Kräfte darauf konzentrieren:

Nieber mit den Alldeutschen!

(Lebhafte Beifall.) Mit Reichstagsauflösung und Staatsstreich spielt man in diesen Reihen, man fährt nach dem Diktator gegen das eigene Volk. Wollen es die Herren versuchen — wir sehen ihren Laten ruhig entgegen! Es ist eine Illusion, den Krieg rein militärisch beenden zu können. Die U-Boote haben und nicht vor dem 4. Kriegswinter bewahrt. Sie werden nicht in Monaten und selbst nicht in ein oder zwei Jahren den Engländern den Frieden aufzwingen wie die Alldeutschen es ankündigen. Wir haben vor dem schrankenlosen U-Boot-Krieg gewarnt. Jetzt sind seine Folgen eingetreten und jetzt muß er natürlich mit aller Kraft seinen Lauf nehmen. Aber die militärischen Druckmittel allein führen nicht zum Frieden. Auch die Feinde täuschen sich in der Hoffnung auf eine Niederwerfung Deutschlands. Auch sie werden damit beschämende Enttäuschungen erleben. Zugleich aber müssen wir in die Waffen der feindlichen Brüder die Gewissheit tragen, daß Deutschland nicht Raubstaat, nicht der Wehrwolf ist, der die anderen friedlichen Völker überfallen hat. Die Staatsmänner der Entente handeln wie unglückliche Spieler: sie haben alles verspielt und sehen immer noch mehr ein. Sie müßten verzichten — nicht wir — und sie wollen noch nicht auf ihre Eroberungspläne verzichten. (Lebhafte Beifall.) Dazu müssen wir vor allem den Schein zerstreuen, als ob die deutsche Regierung nicht voll auf dem Boden der Friedensresolution stünde. Wesien muß besonders durch klare deutsche Erklärungen eine Waffe für die englische Friedensbewegung werden. (Sehr gut!) Die Friedensresolution hat gut gewirkt. Stimmen aus Ausland, auch aus dem Lager der Verbündeten, beweisen es deutlich; aber wenn sie nicht noch besser gewirkt hat, so ist das eben Schuld der Alldeutschen und der — Unabhängigen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie haben den Friedensfeinden der Entente das Rückzug gelistet, indem sie die Friedensresolution zu zerbrechen suchten. (Sehr wahr!) Täuschen wir uns nicht, Brüder besteht noch keine Friedensgeneigntheit. Die Staatsmänner der Entente sind entschlossen, uns auch in den vierten Kriegswinter hineinanzutreiben. Die deutsche Friedensbereitschaft genügt leider zum Friedensschluß nicht. Damit fällt der letzte Trugschluß der Unabhängigen und unserer Parteiminderheit. (Sehr wahr!) Selbst die französischen Sozialisten und englischen Arbeiterparteilern sind in ihrer großen Mehrheit zum Frieden ohne Annerkennung noch nicht bereit. Vonderbelde hat ja in seinem Stockholmer Memorandum ausdrücklich erklärt, die größte Gefahr sei gegenwärtig ein brüchiger Friede der Ermüdung. (Lebhafte Beifall.) Zum Frieden kann es aber erst kommen, wenn die anderen sich auf denselben Boden stellen wie wir. Die Resolution vom 19. Juli ist kein einseitiger Verzicht, sondern zugleich ein Schutz für den deutschen Bestand. (Sehr gut!) Damit erledigen sich auch die Bemerkungen zweier Redner aus der vorigen Debatte über Esch-Löhringen. Demgegenüber müssen wir sagen: Sollte unglücklicherweise der Krieg weitergehen, so werden wir Sozialdemokraten ein gutes Gewissen haben und Deutschland wird frei sein von jeder Schuld der Eroberungssucht. Sollen wir noch einmal an die französischen und englischen Sozialisten appellieren: Ihre Hoffnung auf unseren Zusammenbruch, auf den Zerbrüchigungswillen und in der Bertreibungskraft wird das deutsche Volk unüberwindlich sein. (Lebhafte Beifall.) In der

inneren Politik

kommt ebenfalls alles auf die Stärkung unserer Verteidigungskraft an. Die englische Zusatzpresse hätte unbedeutend die Rohstoffmittelnot gebracht, wenn nicht agrarische Interessen und profitgierige Händler das deutsche Volk unterwerfen hätten. (Sehr wahr!) Wo wären wir sozialistisch in diesem Krieg hingekommen ohne die Parteigesellschaftliche Organisation, die Erhöhung der Unterstützung und der Rente, den neuen Schutz für die Soldaten gegen Willkür und Schikanen, den wir erst in der letzten Tagung wieder durchgesetzt haben. Schutz der Menschenrechte, Menschenökonomie,

Erhaltung und Wiederaufbau des physischen Körpers unseres Volkes ist unsere Zukunftsaufgabe, und überall begegnen wir der Vaterlandspartei als dem Hüter. (Sehr wahr!) In allen praktischen Fragen sind wir auch im Gegensatz zu den Unabhängigen. Sie haben gestimmt gegen die Aufhebung der politischen Zensur, gegen das Kapitalabfindungsgebot, gegen die Verkürzung der Gemeindefristen von den Besätzen der Reichswehr (Hör! Hör! Hör!), gegen die Kriegsgewinnsteuer (Hör! Hör! Hör! Hör!), gegen die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung. Sie treiben die Politik der Katastrophe, wie schreien Schritt für Schritt vorwärts und nehmen alle Abzugszahlungen an, um sofort in volle Zahlung weiter zu bringen. Ihre Unfruchtbarkeit hat in der früheren einzigen Fraktion Arbeitskraft und Arbeitsfreude getötet. Wir können die großen Aufgaben der Zukunft gar nicht lösen, wenn wir weiter diesen inneren Widerstand zu ertragen haben. Wir müssen jetzt auf verschiedenen Wegen marschieren, und nach den Erfolgen wird das deutsche Volk urteilen. Auch über die Kreditbewilligung und die Stellung zum Kriege wird es bei den nächsten Wahlen sein Votum abgeben. Es mag unangenehm sein, bei den nächsten Wahlen gegen einen unabhängigen Kandidaten zu stehen, aber ganz unmöglich wäre es, für einen Kreditverweigerer aufzutreten zu müssen. (Sehr wahr!) Die

#### große Frage der Demokratisierung

hat jetzt die innere Krise hervorgerufen. Das gegenwärtige System ist im Kriege gezeugen und zu leicht besunden worden. (Sehr wahr!) Es ist nicht geeignet, die Einheit unseres Volkes aufrechtzuerhalten. Starkes Staatsgefühl wächst auf dem Boden der Demokratie, deshalb ist es in England und Frankreich viel stärker als bei uns. Wir müssen diese Kraftquelle auch für Deutschland erschließen. Dazu ist der Krieg die beste Zeit. Wir brauchen das parlamentarische System, die organische Verbindung von Parlament und Regierung, dann wählt das Volk bei der Parlamentswahl seine Regierung selbst und die Krone ist nur der Vollstrecker des Reichswillens. Zwischen Volk und oberster Spitze ist dann kein Konflikt möglich. Augenblicklich haben wir wiederum einen Kanzler und Staatssekretär, die nicht das Vertrauen des Volkes haben. Die Kanzlerschaft Michaelis hat die Beamtenregierung in ihrer vollen Ungültigkeit offenbart. Für alle Angelegenheiten der Regierung fällt heute die Verantwortung auf den Träger der Krone. Er möchte sich selbst sagen, ob das ein beneidenswertes Vorrecht ist. (Sehr wahr!) Die mittlere Linie ist jetzt unmöglich geworden. Befriedigen kann uns nur die volle Durchführung des parlamentarischen Systems auf der ganzen Linie. Die Regierung muß Front machen gegen die Reaktionen und Kriegstreiber und sich mit voller Überzeugung auf die Seite des Volkes stellen. (Lebhafter Beifall.) In der äußeren Politik wollen wir den Frieden der Verständigung, in der inneren Politik die Volkregierung. Wir verlangen einen festen Regierungskurs, der uns möglichst rasch aus dem Kriegselend herausführt. Wir wollen in Deutschland Zustände schaffen, auf die wir stolz sein können, unter denen jeder freudig für die Gesamtinteressen mitarbeiten kann. Demut und Bescheidenhaftigkeit gehören für uns nicht zum Ideal des deutschen Mannes und zur deutschen Mannesehre. Unser Ideal ist das des Mannes, der sein eigenes Schicksal forciert. Unser Ideal eines durch internationale Rechtsordnung gesicherten Friedens haben in ihren letzten Rundreden der Papst, Staatssekretär v. Hüßmann und Graf Czernin anerkannt. Mit den Beschlüssen des Parteiausschusses vom August 1915 und der Erklärung vom 4. August 1914 sind wir dafür Wahndreher gewesen und haben

#### das sozialdemokratische Kriegsziel

ausgesprochen. (Sehr wahr!) Der Krieg als großer Revolutionär macht die Bahn frei für Neues. Gewiß stehen uns noch große Kämpfe bevor, aber auch unsere Macht ist gewaltig gemacht und wir fühlen in uns die Kraft, ungeheure Aufgaben zu bewältigen. Wir haben einen tatkräftigen, tatkundigen Optimismus, ein festes deutsches Volk mit höchster politischer und sozialer Kultur, im Innern geeicht, im Kreise der anderen freien Völker ein reiche Frucht tragender Zweig am Baum der Menschheit. Das ist unser deutsches, unser sozialdemokratisches Ideal, das ist die hohe geschichtliche Mission der deutschen Arbeiterbewegung. Werden wir ihr gerecht! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch, vormittag 9 Uhr, verlegt.  
Schluß 6 Uhr.

## Groß-Berlin

### Zur Reorganisation des Zweckverbandes.

Vom Magistrat Berlin wird uns geschrieben: In der Presse wird jetzt wiederholt von denjenigen, welche den sonst allseitig als unhaltbar anerkannten Aufbau des Zweckverbandes noch zu verteidigen bestrebt sind, behauptet, der Oberbürgermeister von Berlin habe den Selbstverwaltungskörperlichkeiten, darunter auch der Versammlung des Zweckverbandes, das Zeugnis ausgestellt, daß sie die besten Sachverständigen in sich vereinigten. Diese Behauptung ist in den erwähnten Berichten aus ihrem Zusammenhang gerissen und in völlig unrichtiger Anwendung wiedergegeben. Selbstverständlich ist in der Verbandsversammlung, in der die Bürgermeister und Stadtverordneten einer großen Zahl Groß-Berliner Gemeinden vertreten sind, eine Fülle von Sachverständigen vorhanden, und es war der Sinn der beregten Neuerung zu beweisen, daß sie eben wegen dieser Vereinigung eine größere Bedeutung besitze als der Verbandsausschuß.

Aber dabei handelt es sich bei der jetzt ganz Groß-Berlin beschäftigenden Frage überhaupt nicht. Gerade der Umstand, daß die Verbandsversammlung aus indirekten Wahlen hervorgeht, und Mitglieder der Verwaltungsorgane und der Stadiparlamente unter parteilichem Gesichtspunkt zusammensteht, nimmt ihr das Ansehen und die Lebenskraft einer parlamentarischen Vertretung. Was uns bei der Aenderung der Verfassung Groß-Berlins vor allem unbedingt nottut, ist eine aus unmittelbaren Wahlen der Bürgererschaft hervorgegangene Vertretung, welche über die Grenzen der Gemeindegrenzen hinausgreift und Groß-Berliner Geist atmet. Wenn man sich nicht entschließen will, auf diesem Grundstein das neue Gebäude zu errichten, ist das ganze Revisionswerk von vornherein verfehlt.

### Beirat für Städtebau.

Unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Febr. v. Goels v. d. Brüggen tagte gestern erstmalig der vom preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten gebildete Beirat für Städtebau und städtisches Wohn- und Siedlungswesen. Neben den beteiligten Regierungsstellen und den Stadt- und Gemeindebehörden waren die aus der Städtebauwissenschaft, der Siedlungspraxis, der Bauingenieurwissenschaften und Wohnungsvereine, der Gewerkschaften usw. berufene Vertreter nahezu vollständig erschienen. Nach den eingehenden Erklärungen des Vorsitzenden soll die Tätigkeit des Beirats zunächst die in das Zuständigkeitsgebiet des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten entfallenden Aufgaben auf bau- und siedlungsstechnischem Gebiete umfassen, wobei aber die Erörterung der hiermit zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen nicht grundsätzlich ausgeschlossen ist.

Zu dem ersten Punkt der Tagesordnung (allgemeine Maßnahmen zur Besserung des praktischen Städtebaus) wurde nach einem Referat des Ministerialreferenten und reger Erörterung der Versammlung beschlossen, zwei Ausschüsse, einen solchen für Bebauungspläne und Bauordnungen, einen anderen für Kleinwohnungsbau, zu bilden. Dem Ausschuß soll es obliegen, neben der Aufstellung allgemeiner Richtlinien für

eine den neuzeitlichen Bedürfnissen entsprechende Gestaltung von Bebauungsplänen und Bauordnungen die Gemeinden auf ihrer Wunsch praktisch zu beraten oder ihnen durch Benennung geeigneter Sachverständiger zu Hilfe zu kommen. Einen besonders breiten Raum der Verhandlungen nahm die Frage der Notmaßnahmen ein, die zur Begegnung eines beim Übergange vom Kriege zum Frieden etwa auftretenden Mangels an Unterkunftsmöglichkeiten zu treffen sind. Nach dem erhaltenen Referate hat die Staatsregierung den Gemeinden bereits die Anordnung von Maßnahmen nahegelegt, die geeignet sein können, etwa auftretenden Schwierigkeiten bei der wohnlichen Unterbringung der Zurückkehrenden oder Zurückbleibenden zu beheben (Wohnungsnotwehr, Teilung großer Wohnungen, Einrichtung öffentlicher Gebäude, Säle usw. für Unterkunftsgelegenheiten, Auf-

werden der Zentralstelle für Krankenernährung durch Befreiung eines Grades zu erbringen. Von den Brotkommissionen werden von diesem Monat ab Sonderkarten für stillende Mütter nicht mehr herausgegeben.

Zum Ausgleich für die Kürzung der Milchportion erhalten die Kinder vom zweiten bis vierten Lebensjahre Ersatz durch Ausgabe von Nahrungsmitteln. Für den Monat November wird gewährt: den Kindern im zweiten Lebensjahre ein weiteres Pfund Haisflocken, den Kindern im dritten und vierten Lebensjahre 2 Pfd. Haisflocken oder 2 Pfd. Weizen Grieß. Die Auslieferung der Bezugsscheine erfolgt zusammen mit der Ausgabe der Milchkarten.

### Kohlen- und Lichtersparnis in den Groß-Berliner Schulen.

Das königliche Provinzial-Schulkollegium hat es den Gemeinden überlassen, im einzelnen Maßnahmen zur Erzielung einer größeren Kohlen- und Lichtersparnis im nächsten Winterhalbjahr in den Schulen zu treffen. Bis jetzt haben die Gemeinden Charlottenburg, Wilmersdorf und Lichterfelde dahingehende Anträge gestellt, die den Reumehrungsausschuss, die Verminderung der Gesamtheit des Vormittagsunterrichts durch Kürzung der Pausen auf 5 Minuten und den gänzlichen Wegfall des Nachmittagsunterrichts betreffen. Sämtliche Anträge sind bereits genehmigt worden.

### Bedingte Erhöhung der Gasmenge für Haushaltungen.

Der Kohlenverband Groß-Berlin hat beschlossen, daß Haushaltungen in Häusern, die mit Zentralheizung und Warmwasser-versorgung versehen sind, oder denen eine Einrichtung zum Kochen mit Kohlen fehlt, auf Antrag monatlich 15 Kubikmeter Gas über die auf 90 vom Hundert beschränkte Gasmenge gewährt werden dürfen.

In Stelle der Einzelanträge der Haushaltungen haben die Hausbesitzer oder deren Vertreter die Haushaltungen derjenigen Gasanstalt anzuzeigen, welche das Gas für das Haus liefert. Diese Meldung ersetzt die Einzelanträge der Haushaltungen, welche somit unnötig sind und die, falls sie bereits bei der Wohnliegenschaft gestellt, nicht mehr besonders beachtet werden. Die oben genannten Haushaltungen dürfen demnach nach erfolgter Anzeige durch den Hausbesitzer oder dessen Vertreter 15 Kubikmeter Gas über die auf 90 vom Hundert des entsprechenden Vierteljahres 1916 beschränkte Gasmenge Gas verbrauchen.

Das Treiben einzelner Städte Rindvieh, Schafe, Ziegen und Schweine und die Beförderung solcher Tiere in Wagen ist, wie das Oberkommando bekannt macht, in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ohne Mitführung eines von der Ortspolizei oder Gemeindebehörde ausgestellten Ausweises verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. Diese Bekanntmachung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Ein schwerer Straßenbahnzusammenstoß ereignete sich gestern vormittag in der Wäldersstraße in Prenzlau. Ein Wagen der Berliner elektrischen Straßenbahn-Aktien-Gesellschaft, der von der Straßenbahnführerin Grün aus Berlin-Düchholz gelenkt wurde, stieß mit einem entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnwagen zusammen, wobei die Führerin Grün getötet und zwei andere Fahrgäste durch Glasplitter verletzt wurden.

Der Mordanschlag auf den Wächter Krause in Cöpenick hat seine Aufklärung gefunden. Der Täter, der 23-jährige Badergeselle Franz aus Berlin, ist verhaftet und zunächst nach Cöpenick gebracht worden, um einem Verhör unterzogen zu werden. Er leugnet zwar, der Täter zu sein, wird jedoch von mehreren Zeugen auf das bestimmteste wiedererkannt. Bei ihm wurde auch ein fünfzähliger Revolver vorgefunden, an dem er wahrscheinlich die Schüsse auf den Wächter abgegeben hat. Er war bis vor kurzem bei dem Badermeister Rosch in Friedrichshagen beschäftigt und hatte dort in der vorletzten Nacht einen Einbruch verübt. Der Wächter Krause, auf den 5. fünf Schüsse abgegeben hat, befindet sich auf dem Wege der Besserung, so daß mit Bestimmtheit auf seine Wiederherstellung gerechnet werden kann.

Neukölln. Kartoffelversorgung. Der Preis für die zur Winterversorgung in den Haushaltungen zentnerweise abgegebenen Kartoffeln wird vom 16. d. Mts. ab bei Abnahme von der Verteilungsstelle auf 8,50 M. je Zentner und bei Zulieferung frei Keller oder Erdgeschos auf 9 M. je Zentner herabgesetzt. Bis auf weiteres werden Kartoffeln zur Winterversorgung von den Verteilungsstellen nicht abgegeben werden. Die Wiedereröffnung des Verkaufs wird bekanntgemacht. Die Bezugsscheine behalten ihre Gültigkeit. Kartoffelkleinhändler, welche nicht in der Lage sind, das gemäß der Kundenliste festgesetzte Wochenquantum auf einmal abzunehmen und zu lagern, sollen, wie der Magistrat heute amtlich bekanntgibt, in der Kartoffelkundenliste beschränkt oder ganz vom Kartoffelhandel ausgeschlossen werden. Für diese Woche gelangen auf die Kartoffelkarten 7 Pfund Kartoffeln zur Verteilung. Bei der Abgabe sind diejenigen Personen, welche die ihnen zustehenden Mengen auf Grund der Abchnitte 70 a bis 70 g und die auf den Lebensmittelfartenabschnitt Nr. 62 für den Kopf der Bevölkerung zur Veranschlagung gelangenden 12 Pfund Kartoffeln bisher nicht entnommen haben, zu bevorzugen.

Lebensmittel. In den städtischen Verkaufsstellen gelangen unter anderem folgende Waren zum Verkauf: Sterilisierte Milch, Flasche 1,80 M., Märrhese 1,80 M. je Pfund, Suppe Agnes 15 Pf. je Stück, Bräuhärl 10 Pf. je drei Stück, Steckrüben 80 Pf. je Dose, Wildentenfleisch mit Würste 5,50 M. je Päckchen, Kaninchenfleisch 5 M. je Päckchen, Kaninchenfleisch 3 M. je Päckchen. Der Verkauf findet an Neuköllner Einwohner ohne Beschränkung statt.

Neuköllndorf. Verkauf von Ferkelfleisch. In unseren amtlichen Verkaufsstellen findet heute der Verkauf von frischem Ferkelfleisch gegen Vorzeigung der blauen Ausweiskarte statt.

Friedrichshagen. Lebensmittel. In der Verkaufsstelle der Gemeinde kommen heute ausgepackte Gänse zum Verkauf. Ferner sind Äpfel frisch eingetroffen. Die Fettmenge beträgt für diese Woche 50 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine. — Kartoffeln kostet das Pfund 9 Pf. — Auf Abschnitt 53 der Lebensmittelkarte gelangen 80 Gramm Sage zum Preise von 50 Pf. zur Verteilung.

Nowawes. Lebensmittel. Von heute bis Sonnabend findet auf Kartenabschnitt 13 der Lebensmittelkarte die Ausgabe von 1/4 Pfund Auslandsmarmelade statt. Die Ware ist gegen Abgabe der vom Kleinhändler ausgestellten Bescheinigung in der festgesetzten Zeit in Empfang zu nehmen.

Eierverteilung. Auf den Abschnitt 4 der Eierkarte (gelb) findet die Ausgabe von Eiern statt. Die Karteninhaber haben den Kartenabschnitt 3 heute bei den Kleinhändlern abzugeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen. Anmeldungen, die nach dem 17. bei den Kleinhändlern eingehen, bleiben ohne weiteres unberücksichtigt. Die Eimenge, die auf den Kartenabschnitt 4 entfällt, wird noch bekanntgegeben.

## Berichtszeitung.

Die Außenbeleuchtung der Böden. Der Berliner Kaufmann Cohn hat in der Müllerstraße einen Geschäftsladen, dessen Eingangstür sich nicht unmittelbar an der Straße befindet. Es führt vielmehr zwischen den beiden Schaufenstern des Ladens erst ein zwei Meter langer Gang zu der Eingangstür. In diesem Gange ließ Cohn eine elektrische Lampe brennen. Es wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er hierdurch den Absatz 2 des § 4 der Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1916 übertreten habe, wonach die Außenbeleuchtung der Schaufenster und von Gebäuden verboten ist. Das Landgericht III verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Es läge



Am 18. Oktober um 1 Uhr mittags wird die Zeichnung der 7. Kriegsanleihe geschlossen. Nun ist keine Zeit mehr zu verlieren, wenn Du die Erfüllung Deiner Pflicht noch hinausgeschoben hast oder wenn Du in letzter Stunde Deine Zeichnung noch erhöhen willst.

Wer jetzt dem Vaterland die nötigen Mittel versagt, verlängert den Krieg, unterstützt die Feinde und macht sich so unfühnbar schuldig an seinen Brüdern im Felde.

Darum mußt Du zeichnen!

Stellung von Baracken u. dergl.). Im Anschluß daran wurde von verschiedenen Seiten verlangt, daß regierungsmäßig alsbald weitergehende Schritte getan werden, welche die tiefgehenden, aller Voraussicht nach auf Jahre hinaus andauernden Schwierigkeiten in der Wohnungsbeschaffung mildern können.

Der regierungsmäßig vorgelegte Entwurf einer Provinzialbauordnung für Kleinbauten sowie ein eingegangener Antrag wegen der beschleunigten Aufhebung der Stadtgebiete zur Schaffung geeigneter Unterlagen für die Aufstellung von Bebauungsplänen wurden den gebildeten Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen.

### Wo bleiben die Nahrungsmittel?

Man schreibt uns: Seit Wochen schon sehe ich im „Vorwärts“ tagtäglich die Lebensmittelnachrichten durch, um zu erfahren, wann der Berliner Magistrat gerufen wird, der Berliner Bevölkerung wieder einmal Teigwaren, Getreide, Graupen u. dgl. freizugeben. Seit ebensolcher Wochen aber ist mein Suchen vergeblich. Wiederholt zwar konnte ich feststellen, daß in den Groß-Berliner Vorortgemeinden Teigwaren verteilt werden — so erst am Dienstag wieder in Lichtenberg, Niederhohenhausen und Grig — nur in Berlin rührt sich in der Beziehung nichts. Woran liegt das? Ob die in Betracht kommenden amtlichen Stellen vielleicht glauben, daß die in Räthen eingelagerten Äpfel der Berliner für die entgangenen Lebensmittel ein ausreichender Ersatz sind? Oder will man uns als Versuchsanwinder gebrauchen, um festzustellen, ob wir nicht mit noch weniger Nahrungsmitteln auskommen können?

### Milchkartenausgabe in Groß-Berlin.

Die Vollmilchkarten für November kommen in den zur Feststelle Groß-Berlin (Milch) gehörenden Gemeinden zur Ausgabe. Die Inhaber von Vollmilchkarten haben die Novemberkarten bis zum 26. Oktober einschließlich dem Kleinhändler vorzulegen. Wegen der verringerten Vollmilchlieferung dürfen auf Vollmilchkarten über einen Liter, und zwar auf Karten für Kinder und für Kranke nur 1/4 Liter Vollmilch abgegeben werden. Stillende Mütter erhalten zum Ausgleich eine besondere Vollmilchkarte über 1/4 Liter. Die auf 1/2 Liter lautenden Vollmilchkarten für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre sind nur zur Entnahme von 1/2 Liter Vollmilch gültig. Eine Kürzung der Milchmenge erfolgt nicht auf 1/4 Liter-Karten für schwangere Frauen und für Kranke.

Den Kindern bis zum 2. Lebensjahre und den Inhabern von Sonderkarten für stillende Mütter ist ein Vorrangrecht bei der Anmeldung derart eingeräumt, daß bis zum 22. Oktober d. J. einschließlich nur Anmeldungen auf diese Karten zulässig sind. Nach Ablauf dieser Anmeldezeit haben sich die übrigen Milchberechtigten, und zwar am 23., 24. und 25. Oktober anzumelden.

Die Milchhändler werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Kontrollabschnitte bis zum 27. Oktober bei der Feststelle Groß-Berlin (Milch), Poststr. 8, eingegangen sein müssen.

In Berlin sind die Vollmilchkarten für November bis zum 20. Oktober einschließlich von den Brotkommissionen abzuholen. Die Karten für Kranke werden wie bisher von der Zentralstelle für Krankenernährung ausgeliefert, ebenso erhalten stillende Mütter, welche nicht die Säuglingsfürsorgestellen besuchen, 1/4 Liter-Sonderkarten durch die Zentralstelle für Krankenernährung zugesandt.

Stillende Mütter, die die Säuglingsfürsorgestellen in Anspruch nehmen, erhalten dort die auf 1/2 Liter gültige Sonderkarte ausgehändigt. Im übrigen ist der Nachweis, daß die Kinder gestillt

Hier eine äußere Beleuchtung vor und sie dient gewöhnlichen Zwecken, da sie den Zugang erleuchten sollte. Der Angeklagte legte die Revision ein und betritt, das im vorliegenden Falle von einer Außenbeleuchtung der Scheinwerfer oder des Gebäudes die Rede sein könne. — Das Kammergericht hob das Urteil des Landgerichts auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Das Landgericht meine, es handle sich deshalb um eine äußere Beleuchtung im Sinne der Verordnung, weil sich die Lampe außerhalb des mit den Scheinwerfern und der Leuchte abschließenden Bodens befände. Durch diese Feststellung könne aber das Urteil nicht getragen werden. Nur wenn festgestellt werden könnte, daß die Lampe auch nach außen und nicht bloß in dem Gange wirken sollte, würde eine Zutueberhandlung gegen die Verordnung vorliegen.

## Aus aller Welt.

**Schweres Eisenbahnunglück auf dem Bahnhof Schönhausen a. d. Elbe.**

25 Ferienkinder und ein Schaffner tot.

Am gestrigen Tage hat sich auf dem Bahnhofe Schönhausen an der Strecke Berlin—Stendal ein schwerer Eisen-

bahnunfall ereignet. Der Kinder-Sonderzug 2240 von Tüchel nach Effen, der Stadtkinder aus der Provinz Westpreußen nach der Heimat zurückbrachte, ist gegen 5 Uhr morgens anscheinend infolge Nichtbeachtens eines Haltesignals auf einen im Bahnhof haltenden Güterzug aufgefahren. Mehrere Personenzüge sind zertrümmert. 25 Kinder und ein Schaffner sind tot. 15 Kinder und eine Begleiterin sind teils schwer, teils leichter verletzt und im Stendaler Johanner-Krankenhaus untergebracht.

## Jugendveranstaltungen.

**Arbeiter-Jugend Gesangsbrunnen.** Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Hülß, Schulte, 74, Vortrag: Zweck und Ziele der Jugendbewegung. Gäste, besonders Schülern, sind willkommen!

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag.** Zunächst trocken und vielfach heiter und zeitweise neblig, um Mittag ziemlich mild, in der Nacht zu Donnerstag fleckenweise leichter Frost, später im Besonderen Zunahme der Bewölkung.

## Briefkasten der Redaktion.

**E. W.** Das Geiz müßte an das Heilwörterende Generalstaatsanwaltschaft gerichtet werden. Der Erfolg läßt sich nicht vorhersehen, da ein Bruder bereits reklamiert ist. — **E. W. R. 725.** Wenn die Bedienung nicht vorliegt, muß Ihre Frau Kriegsmunterhaltung erhalten. Die Bedienung liegt vor, wenn nach der letzten Steuererklärung das Einkommen für die drei Dienstjahre E 1000 M. und weniger, Tarifklasse C und D 1200 M. und weniger, Tarifklasse A und B 1500 M. und weniger beträgt. Wenn dadurch, daß der Ehemann eingezogen wird, eine Einbuße an Einkommen nicht eintritt, wird die Unterhaltung verweigert. — **G. R. 24.** Die Zusammenziehung findet regelmäßig statt. Hieron 90 Pr., aber für den Übergangsmonat September-Oktober 30 Rubel mehr. — **E. G. 37.** Militärbindebüchlein muß ohne Rücksicht auf das gegenwärtige oder zukünftige Einkommen der Witwe gezahlt werden. — **E. S. 36.** Sie können nur Klagen auf eine, den heutigen Kohlenverhältnissen angemessene Erhöhung des Betrages. Die heute noch dürfte angemessen sein. — **E. S. 332.** 1. bis 4. Reim, 5. bis 9. Geleitet, 10. Reim, da ja die Pöhmung als Unteroffizier höher ist. — **P. S. W. 1001.** 1. und 2. Es ist fraglich, ob Anspruch auf Militärrente besteht, da der Unfall anscheinend nicht bei Ausübung einer dienstlichen Tätigkeit passiert ist. Stellen Sie aber trotzdem Antrag. 3. Ja. 4. Ist die Versicherung zugunsten der Frau abgeschlossen, muß dieselbe auch den Betrag erhalten. — **Schindhelm 89.** Senden Sie sich an den Zentralverband der Handlungsgehilfen, Berlin C, Wägenstraße 20. — **W. S. 22.** Kaufkraft erhalten Sie beim Verband der Schneider, Seidenhändler 37/38. — **E. G. 3.** Gibt nur ein Amt. Adresse: Holzstr. 11/12.

**Direktion: Max Reinhardt.**  
**Deutsches Theater.**  
7 zum 1. Male: Winterballade.  
Morgen: Der lebende Leichnam.  
**Kammerspiele.**  
8: Eine glückliche Ehe.  
Donnerstag: Fasching.  
**Volkstheater.**  
Theater am Bülowplatz.  
Untergrund. Schönh. Tor.  
7 1/2 Uhr: Hedda Gabler.  
Donnerstag: Was ihr wollt.

**Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.**  
**Theater Königgrätzerstr.**  
7 1/2 Uhr: Iphigenie auf Tauris.  
**Komödienhaus**  
7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

**WINTERGARTEN**  
Der neue umfangreiche Varieté-Spielplan Frieda Langendorff u. G.

**Zirkus A. Schumann**  
Heute abend 7 1/2 Uhr: Zum Mexiko.  
1. Male: Große Original-Ausstattungen - Pantomime m. Gesang u. Tanz 1. Akt, inszen. v. Dir. A. Schumann.  
2. Akt: In der Festung  
3. Akt: In der Opiumhöhle des Chinesenviertels v. St. Francisco  
4. Akt: Das geheimnisvolle unterirdische Tempelfest im Chinesenv. v. St. Francisco.  
Vorh.: Das gr. Zirkus-Programm.

**APOLLO**  
Friedrichstraße an der Kochstr.  
Dir. James Klein.  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
Die Hochzeit des Maharadscha  
Theaterk. ununterbroch. geöffnet.  
Sonntags: 2 Vorstellungen, 3 1/2 und 7 1/2 Uhr.

**Der lustige Witwer**  
mit W. Hartstein.  
Dazu d. große Okt.-Progr.  
Schluß des Hartstein-Gastspiels a. 31. Okt.

**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr: Der Weiberfeld.

**Kerkau-Palast**  
Behrenstraße 48  
Im 1. Stock Punkte 5 U. nm.:  
**Marionetten**  
Unt. ander. wird vorgef.:  
Francilla Kaufmann  
Lucie Kieselhausen  
Klassische Tänze  
Sant' Elvira  
Orientalische Tänze  
Robert Steidl  
Gebärdetänze  
Hand- u. Kopf-Akrobaten  
Salerno  
der berühmte Jongleur  
Blondel  
am Schwingschiff  
Toto  
der unverwund. Clown  
Hochinteress. f. Erwachsene  
und Kinder, jung und alt.  
Keine erhöhten Preise  
für Getränke erster Güte.  
Eintritt u. Garderobe frei.  
**Konzert** d. allbekanntesten  
Gottschalk-Kap.

**Theater für Mittwoch, den 17. Oktober.**  
**Central-Theater.**  
Kommandantenstraße 57.  
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Carmen.

**Friedrich-Wilhelmst. Theater**  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
**Kleines Theater**  
7 1/2 Uhr: Bürger Schippel.

**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.

**Neues Operettenhaus**  
Schiffbd. 4a, Kasent. Nd. 281  
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

**URANIA**  
8 Uhr: Auf den Spuren deutscher Auslandsarbeit.  
6 Uhr: Prof. Dr. B. Donath: Einführung in die Wechselstromtechnik.  
8 Uhr: Dr. W. Berndt: Die Aehrenreihe der Menschheit.

**NATIONAL-THEATER**  
7 1/2 Uhr: Copeland Str. 68.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Größter Erfolg!  
Das ist die Liebe!  
Kunst von Walter Bromme.  
Sonntag 3 1/2 Uhr:  
Was junge Mädchen träumen!

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Jed. Sonntag nachmittags 3 Uhr  
Vorstellung z. ermäßigten Preisen!  
Logen 1 M., Parkett 75 Pf.  
Eintritt 39 Pf.  
Billetts schon heute!

**Berliner Konzerthaus**  
Mauerstr. 62 Zimmerstr. 90/91.  
Heute:  
**Großes Konzert**  
des Berliner Konzerthaus-Orchesters  
Leiter: Komponist Franz von Blon.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.  
An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

# Modelle!!

**Plüschmäntel** **Pelzmäntel**

relizante Stücke, Prachtqualitäten mit echten Pelzbesätzen, auch glatt Astrachanmäntel, Mohair, Plüsch, beste Qualitäten zu mäßigen Preisen.

Elektrik, Persischer, Fohlen, Modelle, beste Felle, Kid-Kreuzentier, halblang, echter Pelz 650

**Ulster** **Kostüme**

dicke, mollige Stoffe mit echten Pelzbesätzen.  
Mantelkleider in bildschöner Ausführung  
Einfache Ulster von 55.- an.  
Flotte Röcke in schwarz und farbig.

Modelle aus guten, pelzwollenen Stoffen, entlockende Ausführungen  
300,- 250,- 200,- 150,-  
Feine Kostüme 100,- 100,- 80,-

## Westmann,

I. Geschäft **Mohrenstraße 37a**  
II. Geschäft **Gr. Frankfurter Str. 115.**

**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.  
**Reizdanz-Theater**  
7 1/2 Uhr: Dyckerpott's Erben.  
**Schiller-Theater O**  
7 1/2 Uhr: Johannes.

**Schiller-Th. Charl.**  
7 1/2 Uhr: Stahl und Gold. Auf der Sonnenseite.  
**Thalia-Theater**  
7 Uhr: Stahl und Gold. Egon u. seine Frauen.

**Theater am Nollendorfplatz**  
3 1/2 Uhr: Der Freischütz.  
7 Uhr:  
*von Otto Schöndorff*  
**Theater des Westens**  
7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog mit Guido Thielscher.

**Admirals-Palast.**  
Die Novität **Abrakadabra**  
Großes phantastisches Ballett auf dem Eis.  
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

**Büsch**  
Täglich 7 1/2 Uhr, Sonnabend u. Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2 U.  
Das große Zirkus-Programm.  
Neu! Neu!  
**Alex u. Hermann!**  
Kopf auf Kopf.

**Neu! Neu!**  
**Die weiße Dame**  
und die Schmetterlinge neuart. Kombin.-Reitakt.  
usw. usw. u. zum Schluß:  
**Die 3 Pierrots**  
ein lustiges Spiel  
Freitag 7 1/2 und Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Gold! Gold! Wer mit Gold eine gleiche Karte umsonst!!

**Walhalla-Theater.**  
3 1/2 Uhr: 1001 Nacht.  
7 1/2 Uhr: Zigeuner.

**Wie ein Wunder**  
beheilt [18082]  
San-Rat **Hausfalbe**  
jed. Hautausschlag, Piefchen, Hautjucken, bei Weinschäden, Krampfadern der Frauen u. dergl. Zulebng. erfolgt per Nachnahme in Dosen a 2,20, 3,85, 6,50.  
Elefant-Apothek, Berlin, Leipziger Str. 74 (am Dönhofsplatz).

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Gente Mittwoch, den 17. Oktober 1917, abends 6 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße (Kulzen-Saal):

**Kombinierte Wertstift-Delegierten-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die Beschlüsse der Gauleiter- und Tarifkonferenz betr. Feuerungszulagen.  
2. Die Erhöhung der Beitrags- und Unterstufungsätze.  
3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Zu dieser Versammlung sind auch die Mitglieder der Arbeiterausschüsse der Betriebe geladen.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Jeder Betrieb muß vertreten sein.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Mäntel** **Kragen** **Muffen**

**Pelz**

Seal Bismarck + Seal Electric  
Persianer + Breitschwanz  
Astrachan + Fohlen

**Pelzgefütterte Mäntel**  
Elegante Modelle

**R. Maaben G. m. b. H.**  
Oranienstr. 165 Leipziger Str. 42

**Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk.**  
Goldkronen, Brücken, Plomben, Zähne ohne Platte, Zahnzieh mit Betäubg., Umarbeitg., Reparatur sofort. Bill. Preise, auch Teilz. Zahn-Praxis M. Löser nur Brunnenstraße 185, nahe Invalidenstr. Persönl. zu spröch. 10-7, Sonnt. 10-12 Tel. N. 11503

**Gründliche Behandlung**  
von Nerven-, Nieren-, Frauenleiden (Unterleibsleiden), Lungenleiden, Tuberkulose, Magen- und Darmleiden, Epilepsie, Schlaflosigkeit, Schwächestufen, Ischias, Rheumatismus, Gicht, Flechten, Hautleiden usw.  
Elsasser Str. 42 I, direkt a. d. Friedrichstr.  
Dir. Hermanns, Spröchst. tgl. 10-1 u. 5-8 1/2, Sonnt. 10-1 Uhr

**Zähne**  
mit u. ohne Platte, mit echtem Friedenskautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitung schlechtersitzer Gebisse.  
Reparaturen sofort. Zahnziehen in örtlicher Betäubung. Billige Preise, auch Teilzahlung. Teleph. Amt Nord. 10438.  
Zahn-Praxis D. A. Löser nur Rosenthalerstr. 69, nahe Platz. Persönlich zu spröchen von 9-7, Sonntags 10-12

**Haar- u. Velourhüte**  
Vorverkauf Stück 38 M.  
Lindeku, Rosenthalerstr. 36.  
II. Geschäft: W. Bayerischer Platz 7, Ecke Brunnenstraße 56.

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.  
Behandl. von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, Ipeyeron, Gicht, Gicht-Hals-Steuer, schmerzlose, schnelle Behandlung ohne Verursachung. Blutuntersuchung, Röntgen, Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Wanzen**  
Radikal-Vertilgungsmittel  
1/2 Port. 2,50, 1/2 4,00 M.  
Lüben-Apoth., Hannover 18.

**Wintermäntel**  
Kostüme und Röcke  
Wasserdichte Mäntel  
direkt aus der Fabrik  
gibt jetzt auch an Private  
Blikskis Damenmäntel - Fabrik  
Krausenstr. 90, Hof, geöschö.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverband Groß-Berlin  
Den Mitgliedern zur Nachsicht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

**Karl Kochow**  
von der Firma H. G. Erdmann, am 10. Oktober im Alter von 51 Jahren verstorben ist.  
Gere seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Jagareth - Kirchhofes in Reinickendorfer-Bez. Kögelstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern fernher zur Nachsicht, daß unsere Kollegin, die Solenstr.

**Wolffine Jankowski**  
am 13. Oktober im Alter von 58 Jahren verstorben ist.  
Gere ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Reinickendorfer-Bez. Hermannstraße, aus statt.  
Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Textilarbeiter-Verband.**  
Unser Vorstandsmitglied, der Polamentier, Kollege

**Max Silberstein**  
ist am 14. Oktober verstorben.  
Für seine rege Tätigkeit und sein eifriges Wirken für die Interessen der Textilarbeiter werden die Kollegen ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt. 1917/18  
Der Zentralvorstand.

**Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin**  
1917

Die Einlieferung unseres verstorbenen Mitgliedes, Herr

**Willi Luschkat**  
Berlin, Stöckholmer Str. 30,  
findet morgen, Donnerstag, den 18. Oktober, mittags 12 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße 37, statt.  
Gere seinem Andenken!

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser guter, lieber Sohn **Erich** im Alter von 12 Jahren 8 Monaten an Typhus laßt entschlafen ist.  
Dies gelte tiefbetrübt an

**Robert Weise und Frau**  
nebt Besten.  
Die Einlieferung findet am Freitag, den 19. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Laabs  
Bsch. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Verursachung. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Horn-, Frauenleiden, Schwäche, Urprobleme, Nervenleiden, Ehrlich-Hals-Kuren, Horn- u. Blutuntersuchung.  
Königsstr. 84/86, Bahnhof, Algenbergl.  
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Bilder von der Insel Oesel.

Weltentlegen und doch landnah liegt die Insel Oesel, der Miegel des Rigaischen Meerbusens, in den Fluten der Ostsee, deren größte Insel sie ist. Von ihrer Südküste, und ganz besonders von der fingerartig vorgeschobenen Halbinsel Sworbe, die jetzt bereits in deutscher Hand ist, blickt man hinüber auf den furländischen Strand und sieht das Kap Domebnäs; im Norden aber schiebt sich die Nachbarinsel Dagö dicht an Oesel heran, während im Osten die kleinere Insel Moon überhaup nur ein altes, von der Flut losgerissenes Stück Oeseler Landes ist, das jetzt bei Drissar durch eine Brücke wieder mit der Stammsinsel verbunden ist. Der Wind auf, oder richtiger gesagt: an Dagö vorbei, den man von der Nordostküste Oesels aus genießt, ist wohl das Schönste, was die Insel an Naturbildern zu bieten hat. Dort fällt der Strand in einer jähigen Kalksteinwand, die den Namen Nullebank führt, überhängend zum Meer ab, und von der Höhe schweift der Blick an Dagö vorbei auf die grenzenlose Fläche des Finnischen Meerbusens, während am Fuße der Felswand besonders bei Nordwind die Brandungswellen gleich heißen Schaumumsprüher Meerfrauen antönen. Die Steilküsten des Nordens und des Westens bilden landschaftlich Oesels schönste Teil, während der Süstrand flach und sandig ist und seine Entstehung durch Seefandaufpflügungen deutlich verrät. Was das landschaftliche Gepräge der Insel im allgemeinen angeht, so trägt sie — wir folgen den Schilderungen eines Sohnes Oesels, des Dr. Rasing, und des bekannten dänischen Historikers Dr. Ernst Seraphim — einen ausgesprochen nordischen, erusten Charakter, in dem sich die bekannten Haupteigenschaften der baltischen Natur im wesentlichen wiederholen. Im Innern des Landes bieten besonders kleine Waldseen dem Wanderer oft Bilder von hohem Stimmungseize; Interesse erregen auch die hier und da noch aufzufindenden Bauernburgberge aus heidnischen Zeit.

Nordisch nannten wir das Gepräge der Insel, dennoch ist ihr Klima für diese Breiten sehr vorteilhaft und milde zu nennen. Bei dem geringen Umfange Oesels — es ist nur etwas mehr als 60 Kilometer lang und bis reichlich 40 Kilometer breit — liegt es durchaus im Zeichen des Seeklimas, daher die Sommer nicht heiß und die Winter nicht kalt sind. Am besten zeugt der Pflanzenwuchs für die Milde des Klimas. Auf Oesel wächst sehr schönes und edles Obst, in den offenen Gärten von Arensburg sind die Weintrauben reif geworden, und in den Wäldern wächst eine Jedernart. Zumeist aber sind Oesels Wälder Lärchenwälder und ihr kräftiger Hauch belebt und würzt die Luft. Man schreibt diesen Wäldern einen Anteil an den günstigen Gesundheitsverhältnissen der Insel zu, die sich z. B. darin bekundet haben, daß die großen Cholerajahre des 19. Jahrhunderts an Oesel vorübergegangen sind, ohne Opfer verlangt zu haben.

Ein gesundes, charaktervolles, friedliches Stück Welt ist es, dies Oesel, und friedlich schaut — oder schaute wenigstens bisher — die Hauptstadt und einzige Stadt der Insel über den Sund im Süden. Das ist Arensburg, ein Städtchen von nicht mehr als 4500 Einwohnern, dem es doch an Regsamkeit und Leben nicht fehlte. Denn so lange die Schifffahrt im Betriebe war, legten die Dampfer, die nach Riga, Reval und Petersburg fuhren, hier an und überdies hatte die Stadt im Sommer zahlreiche Badeplätze, die sich des vorzüglichen Sandstrandes erfreuten. Hier in Arensburg wird der Blick auf die Geschichte Oesels gelenkt, an die das mäßige, von niedrigen, schweren Turmbauten überhöhte Bischofschloß noch jetzt erinnert. Das war im Mittelalter der Sitz des Bischofs von Oesel, dessen Sprengel sich auch auf einnische Festland hinüber erstreckte. Leicht ist es dem Christentum nicht geworden, die Insel sich zu unterwerfen. Die Oeselaner, die Seraphim noch zwei einen besonders kräftigen und intelligenten Menschenschlag nennt, waren in grauer Vorzeit gefürchtete Seeräuber und lähne Seefahrer, die sich nur widerwillig dem Joche von Schwert und Kreuz beugten. 1227 wurde Oesel unter der persönlichen Führung des Bischofs Albert von den Deutschen erobert, die aber freilich den jähesten Widerstand der Inselaner zu brechen hatten. Von da ab teilte die Insel in ihrer Weise die Geschichte Livlands, und ihre Geschichte verliert in den bekanntesten Formen der Kämpfe zwischen den verschiedenen geistlichen und weltlichen Mächtsfaktoren. Ein anderes aber kam zeitweise noch dazu: das war der Widerstand der besiegten Überbevölkerung. Er führte 1343 zu jenem blutigen Jahre, das in Oesels Geschichte unergessen ist. Damals erhoben sich nach stillen, sorgfältigen Vorbereitungen die Eten der Insel, veranstalteten einen Mordanschlag der Deutschen, zerstörten die Kirchen und Klöster und eigneten sich die unumkränkte Herrschaft an, die sie dreißig Jahre lang innehatten. Erst im Februar 1344 gelang es den

deutschen Ritters unter dem Dehensmeister Burhard von Drellöwen, die starke Holzburg der Eten bei Merris zu erstürmen, und nun nahmen die Sieger ihrerseits ihre Rache — 6000 Eten sollten außer denen, die im Kampfe gefallen waren, damals geädert worden sein.

Solche Wendungen sind in Oesels Geschichte seither nicht mehr vorgekommen. Sie ward dänisch und dann schwedisch, und genoss besonders unter dänischer Herrschaft gute, stille Zeiten, bis Peters des Großen Feldherr Scheremetjew mit seinen Russen 1710 über den gefrorenen Sund rückte und nach ead russischer Weise alles verbrannte und vernichtete. Auch Arensburg ging damals in Flammen auf und seine alte Domkirche mit; verschont blieben nur Schloß und Festung und das sind noch heute die stimmungsvollsten und geschichtsvollsten Stätten dieser friedlichen Landstadt, besonders an den alten Festungswällen finden sich viele poetische und malerische Winkel. Oesels Schicksal aber war seit jenen Tagen des Russenscheiterns entschieden; es fiel dem Moskowitertreiche zu und ist seitdem 200 Jahre russisch geblieben.

Aus Gorch Sok's Tagebüchern.\*

Die meisten Menschen sind nur Matrosen am Vorb ihres Lebensschiffes — und sollten doch Reder und Steuermann sein.

Gebot der Weisheit: die Menschen zu nehmen, wie sie sind; Gebot der Klugheit: sie zu nehmen, wie sie genommen sein wollen. Rache dich nicht klein vor den Leuten, sie gucken einfach über dich hinweg.

Von den Singvögeln müssen wir lernen, die auf dürren Ästen am lautesten singen. Wir singen auf dürren vor Angst und auf grünen vor Satttheit nicht mehr.

Der einzelne dient dem Stamm, der Stamm dem Volke, das Volk der Welt und den Zielen der Welt. Aber der einzelne soll nicht losgelöst von seinem Stamm etwas leisten wollen. Er ist nur eine Sprosse und kann nur in der Leiter wirken.

Die Begeisterung für die Schneiderei ist immer bei den Schufern größer als bei den Schneidern.

Ja, die Welt, die wunderklinge Welt: Helben, die verlieren, nennt sie Karren, Karren, die gewinnen, heißt sie Helben.

Das sind die gewöhnlichsten Menschen, die alle Blumen der Freude mit Bierkrügen umstellen müssen.

Aus der großen Menschen Wollen Quillt der kleinen Menschen Sollen.

Leidenschaft ist wie Dampf; wenn sie belämpft, gepreßt, unterdrückt werden soll, hat sie Mienenträfte.

Wir herbien alle am Wege: wer von erreichten Zielen spricht, ist ein Narr.

Rügelgederb, geht mit ut den Weg! Von den, die mit mir zu geben zeit, lot it mit of niks nehmen.

Den ersten Dienst, uns auf die Welt zu bringen, leisten uns andere, ebenso den letzten, uns in den Sorg zu legen: dazwischen liegt unser Dienst.

Du kannst dein Leben nicht verlängern noch verbreitern: nur vertiefen, Freund.

Wenn Werdbenden suchen wir nach Vorzügen, beim Meister nach Fehlern.

Das Ziel des Lebens ist mehr als der Sarg.

Nicht, was einer werden will, was einer werden kann, das wird er!

Was ich verachten will, das muß ich — kennen!

Wie viele Freude schläft in uns — und wir wecken sie nicht!

Nichts ist unerträglich als ein häßliches Weib mit den Ansprüchen und Launen eines schönen.

Alle Freiheitslieder kommen aus dem Kerker.

Alles belächeln kann und mag der Mensch: seine Liebesjahre, seine Lehrszeit, sein Dichten und Handeln! Aber eins wird er nicht belächeln: seine Kindheit. Die kann er nur segnen oder beweinen oder verfluchen: belächeln nicht.

Wer mir Freude geben kann, gibt mir das Beste, gibt mir mehr als Geld — denn mehr als Freude könnte ich mir auch für Geld nicht verschaffen.

Hab deinen Kampf mit der Welt und deinen Frieden mit dir: das ist besser als umgekehrt.

Wer auszieht, Gott zu suchen, kehrt mit sich selbst heim.

\* Dem Nachschlagband entnommen, der soeben mit einer Lebensbeschreibung des Dichters unter dem Titel „Sterne überm Meer“ bei R. Glogau jr. Verlag in Hamburg erschienen ist. Wenn wir hier in die Seele des Dichters Einblick tun, so greift uns wieder bittere Begegnung an, daß das Meer, seine Nordsee, uns diesen Dichter voll schöpferischer Kraft in der Seefahrt am Stageraal geraubt hat.

Der Kampf ums Dasein ist kein Heldengedicht, sondern eine erbärmliche Kauferlei um den Großen.

Die Vorkämpfer werden zu Krüppeln geschossen, die Nachkämpfer zu Nittern geschlagen.

Die Menschen mit der Wahrheit gewinnen wollen, heißt eine Festung an ihrer stärksten Seite berennen.

Das aber sage nie zu einem Menschen: Weib, wie du bist! Es heiße: Weib, was du werden kannst!

Gefieh es dir geruhig ein, daß du jetzt glücklich bist, damit du nachher weißt, daß du einmal glücklich gewesen bist.

Bezähmte Leidenschaften: auf mich macht ihr denselben trüb-seligen Eindruck, wie ihn Wästenkönige machen, die hinter Eisenstangen sitzen.

Die Kinder sind mehr als die Eltern! Wir sehen es schon daran, daß sie kein Gottesgebot zu ihrem Schutze brauchen, während Vater und Mutter dieses Halts bedürftig.

Neues vom Radium und seiner Verwertung.

Leuchtstoffen, die ihre Leuchtstärke dem Radium verdanken, spielten schon in den letzten Jahren vor dem Krieg eine bedeutende Rolle, die der Krieg aber noch ganz besonders steigerte. Man denke an die Millionen von Krampfadern mit leuchtendem Zifferblatt, die im Felde getragen werden, wozu noch vielerlei Apparate wie Komposte usw. kommen. Im allgemeinen besteht die Radiummasse aus Zinkulfid, das durch beigemengte Spuren von Radiumsalzen, d. h. von den davon ausgehenden Strahlungen erregt und zum Leuchten gebracht wird. Bei der Jugendlichkeit des ganzen Gebiets sind noch nicht allzuviel wissenschaftliche Untersuchungen mit praktischem Ziel hier ausgeführt worden, wie sie jetzt durch Mitteilungen in „Light and Lamp“ auf Grund englischer Quellen wesentlich bereichert werden. Zunächst Untersuchungen über Helligkeitschwankungen. In den ersten Minuten nach der Herstellung ist die Helligkeit nur gering. Nach 10—15 Tagen erreichen die Leuchtmasse die Höchstwerte an Helligkeit, die dann abfällt. Da es 5—7 Tage dauert, bis das erste Produkt des Radiumzerfalls, die Emanation, seinen stabilen Höchstwert erreicht, so ist dies erste Ansteigen nicht überraschend. Durch das Ansprallen der Strahlen auf das Zinkulfid wird aber eine Zertrümmerung des Sulfids bewirkt, wodurch dann das spätere Abfallen, das in logarithmischen Kurven erfolgt, bedingt ist. Bei praktischen Versuchen fiel die Leuchtstärke im Lauf von 20 Tagen auf 1/2 bis 1/3 des Höchstwertes, wobei die Leuchtstärke aber noch immer höher war als in den ersten Stunden nach der Herstellung der Leuchtmasse. Nach 2500, 25 000, 250 000 Tagen würde die Leuchtstärke um je 25 Proz. fallen. Da aber die letzte Anzahl Tage schon 88 Jahre ergäbe, so kommen praktisch die Zeiträume nicht mehr in Betracht.

Die Abnahme der Helligkeit während des ersten Jahres ist etwa ebenso groß, wie in den folgenden 1000 Jahren. Es kommt daher für die Praxis darauf an, die Mischung so herzustellen, daß das Radium zwar für mehrere Jahre genügt, daß aber auch genügend Zinkulfid für die Zertrümmerung vorhanden ist. Die photographischen Untersuchungen haben ergeben, daß der Glanz der Leuchtmasse von der Größenordnung von 10 Mikrolitern auf das Quadratcentimeter ist. Eine Wand von einer Million Quadratcentimetern, die also 10 Meter im Quadrat wäre, würde mit Leuchtmasse bestrichen erst 10 Normalmeter ergeben. Besondere Verächtlichkeit müßte bei den Untersuchungen auch die Glasfaser finden, da ja bekanntlich Glas durch Radium beeinflusst wird. So zeigte sich, daß Bleiglas braun, Sedoglas rot gefärbt wurde. Hohe Glasflaschen mit Leuchtmasse versärbten sich innerhalb 15 Minuten so, daß sie bis zu 18 Proz. des von der Radiummasse ausgestrahlten Lichtes verschluckten.

Ein kleiner grünlischer Niederschlag ist es, auf den man in dunkler Nacht einen flüchtigen Licht wirft, um die Zeit festzustellen, aber wie wunderbar und verwirrt sind die Vorgänge, die von den meisten überhaupt nicht beachtet, sich in ihm abspielen.

Notizen.

— Das Deutsche Theater in Warschau wurde am Sonntag mit Goethes „Iphigenie“ eröffnet.

— Ein bisher unbekannter Rembrandt wurde in den Gemäldesammlungen der Berliner Kgl. Schlösser von Vode entdeckt. Es ist der Kopf eines häßlichen Mannes von ausgesprochen skandinavischen Typus. Rembrandt dürfte ihn 1661 gemalt haben, als er russische Pilger mehrfach porträtierte. Der Typus kehrt dann vielfach in seinen religiösen Darstellungen wieder und ist dort zu ergreifendem Ausdruck gesteigert.

sonders geeignet schien, über den eigentlichen Akteur des Abends zu wachen, damit alles redlich sei und üblem Argwohn entrückt.

Dieser Akteur aber ließ auf sich warten, und so verkürzte man sich die Zeit mit Erzählen. Natürlich drehte sich alles dabei um die geplante Vorstellung im natürlichen Geistessehen, wie der Stadtmédikus das zu Erwartende nannte. Keiner von den Anwesenden hatte darin Erfahrung, nur der Gastgeber selbst. Der war vor Jahren in Paris gewesen, gerade um die Zeit, da die Königin dort den Wiener Arzt Mesmer, der vor mehr denn 35 Jahren bei ihm Anatomie hörte, so begünstigte, was man ihr später noch schlimmer anrechnete als die Halsbandgeschichte des Kardinals Rohan.

Bei dem Herzog von Lauzun fanden damals mit seinem Schüler Mesmer Sitzungen statt, in denen das Erstaunlichste geschah, so mir je zugefallen. Ein artiges Frauenzimmer wurde in eine Art Todeschlaf gebracht, in dem sie sprach und die merkwürdigsten politischen Prophezeiungen von sich gab, von denen ich verschiedenste auf das Feinlichste seitdem als eingetroffen erkannte.

Biglaeus Hundt lächelte sarkastisch und zwinkerte Crollanza mit den Augen zu. Der aber sah steif mit kaltem Gesicht. Der Stadtmédikus Mittelmayr klopfte sich seine Fehse, zuckte die Achseln und sagte dann giftig: „werden ja sehen“. Nur auf Jakobus Peizer machten diese Erzählungen den tiefsten Eindruck, nicht nur, weil sie von seinem abgöttisch verehrten Lehrer und Meister kamen, sondern weil sie seiner eigenen schwärmerischen Gemütsart so verwandt, ja das langersehnte „innere Gesicht“ waren, nach dem es ihn dürstete in seiner unter jedem Druck und Ungerechtigkeit seinfühlig erwitternden Seele. Schon die stundenlange Arbeit mit dem Toten da unter ihnen hatte seinen noch von den geistigen Aufregungen und Ausschweifungen her erregten Geist aufgewühlt, dazu kam nun die unerwartete Auszeichnung, einer solchen gelehrten Gesellschaft beizuwohnen zu dürfen — da hätten auch schon weniger geheimnisvolle Andeutungen genügt, um ihn zur Fieberhitze zu entflammen. Dr. Widmont hatte von peinlichst eingetroffenen politischen Prophezeiungen gesprochen; im Geiste hob er sichtlich die Hände zum Himmel, es möchte ihm doch vergönnt sein, auch heute selbst zu erleben, vielleicht gar Sicherer über die zukünftige Entwicklung der Dinge in von ihm so geliebten Frankreich zu erfahren. D, wie konnte er dann Solms und dessen dudmäuerische Nebenwiderlegen! . . . (Fortf. folgt.)

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Francé.

13) „Et, Du magst ja philosophia naturalis gar zu gerne leiden, wie ich merke; nun bleib' heute hier, kann Dich auch später noch zum Helfen gebrauchen, mein Sohn, und Du sollst sehen, wie tief geheimnisvoll zwei Welten ineinander spielen in Leben und Tod. Jetzt richte einmal den armen Teufel noch ganz zurecht für die Demonstration morgen — um acht kommen meine Gäste — will Dich gerne unter ihnen sehen.“

Und freundlich nickend, ging er ernst, fast traurig hinauf in seine Studierstube. Dort trat er ans geöffnete Fenster, genoh der linden Abendluft und sah gedankenvoll hinaus in die friedfertige Welt, die sich allgemach zum Schlafen rüstete. Die Sonne war vor kurzen untergegangen, — helles Schwefelgelb lag am Himmelsaum an ihrer Stelle. Und eine Wolkenbank darüber glomn soeben an mit roten Mändern. Der Würzduft der Gartenblumen ging mit dem abendlichen Hauch herein zum Fenster, ferne hallten Kinderrufe — dann blieb mit feierlicher süßer Stille die Zeit stehen. Nur das Licht wanderte über den Himmel in stillen heiligen Farben — Wolken wurden rosa angezündet und brannten aschengrau aus. Und auf einmal glitzerte fühl der erste Stern im kühler gehenden Wind. . . Der alte Professor Widmont aber lehnte seinen müden Kopf an den Fensterrahmen und dachte, und dachte — über Welt, Leben, Tod und Gott. . .

Peizer, der ihn so gesehen, als er das Gartentor schloß, sagte später, er sei ihm erschienen wie einer der Patriarchen aus jener Zeit, da die Menschen noch glaubten, daß Gott mit einem von ihresgleichen reden könnte — anders reden, denn klotz im Schweigen eines blühenden Sterns, im Verglimmen der Abendröte oder in der heiligen Stille eines sinkenden Tages.

Ein Geräusch störte den alten Mann aus seinen Betrachtungen auf. Der erste der Gäste war gekommen. Sein Jugendfreund und Kollege an der Universität war es, wo er neben der Physik auch Chemie zu dozieren hatte. Wunderbare Hiftörschen liefen um dem biederem alten Dr. Biglaeus Hundt, von denen die lustigste war, daß er, der sonst den Studenten auf ihren, ihre silbernen Schuhschnallen und

Pfeifenköpfe gern kleine Darlehen gab, teils aus Gutmütigkeit, teils um mit den Zinsen sein nicht zu reichliches Einkommen zu erhöhen, worauf fast jeder der Jungstädter Professoren angewiesen war, einmal aus Kurzsichtigkeit zwei Taler auf eine große Retorte geliehen hatte, die die Spitzbuben ihm aus seinem eigenen Laboratorium zuvor entführten. Dieser Mann des trefflichsten Herzens war kein Stimmungsmörder für Widmont, mit dem er die großen Lehnstühle ans Fenster rückte, um in der weichen Dämmerstunde noch einiges zu verplaudern.

„Bin schon höchst begierig, welchen Gaukler Du da aufgetrieben mit seinen magnetisch magischen Experimenten, an die ich offengestanden niemals geglaubt habe, noch je glauben werde.“ So begann Dr. Hundt das Gespräch auf den Zweck der Einladung zu bringen.

„Warte, Hundtius, mache die Augen auf und rede vor allem nichts, dann wirst Du Dich nicht blamieren.“

„Blamieren werde ich mich überhaupt nicht“, rältele sich der Physikus, „denn Du magst mir zeigen, was Du willst, ich weiß ein für allemal, daß es dergleichen nicht gibt in unserem aufgeschätzten Zeitalter und deshalb werde ich nie das geringste von Deinen Künsten glauben.“

„Wer ist das?“ unterbrach er sich auf das Geräusch des nach getaner Arbeit eintretenden und sich für die Wünsche seines Lehrers bereit haltenden Studenten.

„Es ist ein Student medicinae, ein guter und vertrauenswürdigere Junge — der Sohn des alten Alzisennehmers Peizer, hast ihn ja gekannt, der nun mit Mutter und Schwester am Donator haust.“

Das übrige flüsterte er nur. „Vertraut nicht alles Reden — mag aber zusehen heute, da er so eifrig ist. . . und so brav für Freiheit schwärmt.“

Den letzten Satz hatte er überhaupt nur in den Bart geschmunzelt.

Neue Gäste kamen. Ein hartloser kleiner Mann mit eis-kalten Augen, die sonderbar von den warmen Worten seiner gefuchten Höflichkeit abstachen. Professor Crollanza las über kanonisches Recht, und Widmont hätte ihn ganz gewiß nicht in diesen intimen Kreis geladen, würde ihn der Italiener, der um die bedürftigenden Experimente irgendwie mußte, nicht ausdrücklich darum gebeten haben, ihnen beizuwohnen zu dürfen.

Auch den galligen Stadtmedikus hatte er zu sich gebeten, da der überaus belebte und scharf urteilende Mann ihm be-





# Der Würzburger Parteitag.

Die Einigungsfrage. — Der Fraktionsbericht.

Würzburg, den 16. Oktober 1917.

Der Parteitag hat auch heute vormittag über die Einigung debattiert, er hat damit einen ganzen Verhandlungstag dieser Frage gewidmet und schon dadurch gezeigt, wie ernst es ihm damit ist. Die Debatte endete mit der Annahme des Nürnberger Antrags und der Resolution Sebering, für die beide sich die meisten Redner und auch der Parteivorstand ausgesprochen haben. Durch die gleichzeitige Annahme des Nürnberger Antrags ist jeder mißverständlichen oder böswilligen Auslegung der Resolution Sebering der Boden entzogen. Die Forderung, daß das Wehrheitsprinzip anerkannt werden müßte, bedeutet für den Bruderstreit kein „kriegsverlängerndes“ Moment, denn das Wehrheitsprinzip würde ja in einer wiedervereinigten Partei nach beiden Seiten wirken. Die Unabhängigen hätten die Möglichkeit, für ihre sachliche Auffassung zu wirken und ihre Ideen in der Partei zu den maßgebenden zu machen.

Die Verhandlungen des heutigen Vormittags haben das Bild des gestrigen Tages ergänzt. Es gibt keinen Sozialdemokraten, der nicht einseht, daß die Einheitslichkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation für das Proletariat eine Notwendigkeit ist. Nur über die Mittel und die Möglichkeit der Einigung gehen die Meinungen auseinander. Dieser Sachverhalt kommt noch einmal im Schlusswort Ehrerts zu kraftvollem Ausdruck. Ueber die Aufnahme der Parteitagbeschlüsse bei den Unabhängigen gibt man sich keinen Illusionen hin. Auf einem Parteitag dieser Gruppe könnte über die Einigungsfrage nicht gesprochen werden: Neben, der für die Einigung einträte, würde man dort als Verräter brandmarken. Dort wirkt noch blinder Fanatismus gegen das proletarische Massenstreben zur Einigung und er muß sich erst ausbaden.

Am Nachmittag geht man zur Beratung des Fraktionsberichts über. Nachdem einem Redner der Fraktionsminderheit widerspruchlos unbefristete Rederecht bewilligt worden ist, nimmt David das Wort zum Bericht. Er setzt sich noch einmal mit den Gegnern der Kreditbewilligung auseinander und wendet sich dann mit schärfsten Ausführungen gegen das Treiben der Alldutschen, vor deren Staatsstreichgelüsten er eindringlich warnt. Von der Regierung fordert er, daß sie sich von jedem Verdacht, alldutsche Ziele zu billigen, freihalte und jede Unklarheit über Belgien beseitige. Er spricht dann nochmals über die Unabhängigen und ist dabei nach dem Gefühl mancher nicht ganz im Einklang mit den vormittags gefassten Beschlüssen. Weit allgemeinere Zustimmung finden seine Betrachtungen über die gegenwärtige Regierungskrise und über die anerkannte Unfähigkeit des Herrn Michaelis. Es ist Abend geworden, als David unter starkem Beifall schließt, den er sich durch ein begeistertes Bekenntnis zu den Zielen des Sozialismus und der Demokratie verdient hat.

Man verläßt sich.

## Die Presse der Unabhängigen zum Parteitag.

Die Presse der Unabhängigen nimmt noch nicht allgemein zum Würzburger Parteitag Stellung. In ihrem Urteil treten alle übrigen politischen Probleme gegenüber ihrem Verhältnis zur alten Partei völlig in den Hintergrund. Ganz intravagant zeigt sich das Berliner „Mittelungsblatt“:

„Sentimentale und wohlmeinende Leute möchten gern an einem Nitz herumflicken und Reizern, an dem es nicht mehr zu flickern und zu flicken gibt. Denn der persönliche Egoismus haben und drüben, der sich wegen erlittener Unrechts auf der einen, die verlebte Eitelkeit machtbehafteter und in ihrer Eitelkeit bedrohter Parteibureaucraten auf der anderen Seite sind so nur besonders verbitternde Begleiterscheinungen und Nebenwirkungen der Parteipaltung. Ausschlaggebend bleibt die Grundauffassung über Wege und Ziele der sozialdemokratischen Bewegung. Diese Auffassung läßt sich kurz und prägnant in die beiden Parolen zusammenfassen: hier nationalsozialistische Reformpartei hier internationale revolutionäre Sozialdemokratie... Das letzte Wort in der Einheitsfrage haben die Arbeitermassen und nicht die Beschwichtigungs-Doktrine und die Versöhnungsapostel in Würzburg zu sprechen. Glaubt die große Masse der sozialdemokratischen gefürchteten Arbeiter, daß die Kriegspolitik der Scheidemänner der Arbeiterschaft zum Segen gereicht hat, und daß ihre Klasseninteressen durch eine national orientierte Reformpolitik vertreten werden, dann wird die Unabhängige Partei zu einer bedeutungslosen Sekte zusammenschmelzen, deren Mitglieder vielleicht desto fester an ihrer Ueberzeugung festhalten, der aber ein Einfluß auf die Massen verjagt bleibt. Galtens diese aber die neuorientierte Politik der Scheidemänner für verfehlt, so wird sie kein noch so gut gemeinter Versöhnungsversuch unter die regierungsozialistischen Fahnen bringen. Die Zeit ist aber zu einer solchen Klärung und Entscheidung nicht reif.“

Gegenüber der grotesken Verbissenheit dieses Organs hebt sich ein Artikel Eduard Bernsteins ab, der ursprünglich für die „Neue Zeit“ bestimmt, jetzt vom „Dalkischen Volksblatt“ und der „Nordhäuser Volkszeitung“ übernommen wurde. Bernstein erinnert daran, daß der Streit zwischen Eisenachern und Lassalleanern knapp vor der Wiedervereinigung auf einem Höhepunkte stand und ganz unlösbar schien. Der gegenwärtige Zwist sei aber noch nicht ausgereift. Die Wehrheit mache durch bedingungslose Zustimmung zu den Kriegskrediten jede internationale Friedensaktion unmöglich, wobei Bernstein völlig die doch so nahe liegende Tatsache ignoriert, daß sich Deutschland, gleichgültig, was seine Regierung tut oder getan hat, gegen eine Uebermacht mit durch keine sozialistische Partei wirksam gegülten imperialistischen Raubinstinkten der Westmächte wehrt. Anknüpfend daran macht er sich Sorgen um — die Stellung der Partei zum Decree- und Ratineat für den angenommenen Fall, daß nach dem Kriege das Betrüben weitergehe. Und schließlich wirt er der Partei vor, daß sie Uah-Vorbringen gegenüber nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker gelten lassen wolle, wobei er wieder gänzlich überseht, daß die einseitige Anwendung dieses Prinzips, wie es die Entente will, viel weniger ein demokratisches Recht der Ulfässer, als ein Symbol der Niederlage Deutschlands ist. Aber diese Einwände, mögen sie auch falsch sein, werden in diskutabler Form vorgetragen. Bernstein schließt mit einer deutlichen Aufforderung an seine jetzigen Kampfgenossen, nicht an Zeit und Umständen zu kleben, der persönlichen Möglichkeit zu entsagen und sich ein wenig über das niedrige Niveau

ihres bisher geführten haßvollen Kampfes gegen die alte Partei zu erheben:

„So schwer es vielen heute wird, den Gedanken zu fassen, daß die gegenwärtige Spaltung nicht unüberwindlich sein soll, so falsch wäre es, unser Urteil über Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Wiedervereinigung durch andere Erwägungen als die Rücksicht auf die grundsätzlichen Fragen der sozialistischen Politik und die großen Ziele der sozialistischen Bewegung bestimmen zu lassen. Sie müssen über alle Personenfragen, über alle Empfindlichkeiten ob willkürlichen oder vermeintlichen Unrechts hinweg der Reistern unseres Handelns bleiben. Das Interesse der Bewegung gebietet heute jedem Sozialisten, nach sorgfältiger Prüfung Stellung zu nehmen in dem ausgedehnten Parteifreit und derjenigen Fraktion zum Siege zu verhelfen, von der seine Erkenntnis ihm sagt, daß ihre grundsätzliche Haltung die richtige ist. Aber so unabweislich der Kampf geworden ist, so sehr sollte man es vermeiden, ihn über das Gebiet hinaus zu treiben, wo seine sachlichen Streitfragen liegen. Doch der starken Differenzen, die heute die beiden Fraktionen trennen, gehören beide schließlich doch ein und derselben Bewegung an. Diese Zugehörigkeit kann man der Masse der Mitglieder im gegnerischen Lager nicht bestreiten, so sehr man an einzelnen Personen Anstoß nehmen mag. Sie ist auch deshalb nicht außer Betracht zu lassen, weil die Arbeiterkämpfe zu führen hat, die jenseits des Gebietes der politischen Streitfragen liegen und jederzeit Vertreter beider Richtungen zusammenführen können. Wir haben mit noch anderen Gegnern zu tun als mit anderen Sozialisten.“

Sonst sei nur noch ein Artikel eines Erfurter Parteigenossen in der „Tribüne“ erwähnt, in welchem über „Mangel an Demokratie“ geklagt, aber zugegeben wird, daß es damit selbst bei den Unabhängigen hapert.

## Abgeordnetenhaus.

In dem nach einer Pause von fünf Monaten am Dienstag wieder versammelten Abgeordnetenhaus gab es zunächst eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte. Alle Parteien, mit Ausnahme der „Unabhängigen“, hatten sich auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt, der die Regierung ersucht, der Staatshaushaltskommission eingehenden Aufschluß über den gegenwärtigen Stand der Kohlen- und Ernährungszugaben zu geben. Namens der „Unabhängigen“ verlangte Adolf Hoffmann, daß die Kommission statt in der Kommission sofort im Plenum gegeben werde. Ihm trat Genosse Haenisch entgegen, der erklärte, daß selbstverständlich das Volk ein volles und unbedingtes Recht darauf habe, über die in Frage kommenden Dinge unterrichtet zu werden. Es sei aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre zweckmäßig, diese Fragen zunächst in der Kommission gründlich vorzubereiten, um dann auf Grund der dort gepflogenen Verhandlungen im Plenum desto wirksamer Kritik üben zu können. Schließlich wurde das Verlangen der „Unabhängigen“ gegen ihre Stimmen abgelehnt.

Dann wandte sich das Haus der Beratung einer Reihe von Anträgen zu, die die Schaffung eines einheitlichen Beamtenrechts verlangen. Nach eingehender Begründung der Anträge durch die Abgeordneten Varscher vom Zentrum und Delius von der Fortschrittlichen Volkspartei legte Genosse Haenisch ausführlich den Standpunkt unserer Partei dar. Er besprach besonders die Fragen der Löschung der Disziplinarstrafen in den Personalakten der Beamten, das Recht der Beamten, in ihre Personalakten Einsicht zu nehmen, des Wiederaufnahmeverfahrens im Disziplinarrecht, des kollektiven Petitionsrechts der Beamten sowie ihres Rechtes auf freie politische Betätigung und unbedingte Koalitionsfreiheit. Die unzulässige Beeinflussung der Beamten zugunsten der sogenannten Vaterlandspartei und Herrn v. Breitenbachs Verhalten gegenüber den Eisenbahnern erwähnte dabei die verdiente Beleuchtung. Am besten sei es übrigens, die Regelung der ganzen Materie dem neuen, auf Grund eines freien Wahlrechts gewählten Abgeordnetenhaus zu überlassen.

Die Anträge gingen schließlich an die verstärkte Gemeindefunktion.

Am Donnerstag soll schon wieder eine längere Unterbrechung der Plenarverhandlungen eintreten.

## Auch Helfferich?

Nach einer Notiz der „Berliner Börsenzeitung“ soll der Reichskanzler zur Festigung seiner Stellung nicht nur Herrn v. Capelle, sondern auch Herrn Dr. Helfferich zu opfern und den Vorsitzenden der Fortschrittlichen Volkspartei, den Abg. v. Payer zum Vizekanzler zu machen bereit gewesen sein.

Auch die Opferung eines zweiten Mannes, so sehr wir das Verschwinden des Herrn Helfferich an sich begrüßen würden, könnte unsere Ansicht über die Unmöglichkeit einer weiteren Kanzlerschaft des Herrn Dr. Michaelis nicht im mindesten ändern. Im übrigen wartet die gesamte Öffentlichkeit immer noch auf eine amtliche Nachricht darüber, wie es um das Rücktrittsgejud des Herrn v. Capelle steht.

## Die Freikonservativen für Annexionen — gegen das gleiche Wahlrecht.

Der Gesamtvorstand der Reichs- und Freikonservativen Partei hat in einer Sitzung vom 14. und 15. Oktober eine aus drei Teilen bestehende Entschliessung gefaßt. Der erste Teil behandelt die Kriegsziele der Partei. In ihm heißt es:

„Unser Kriegsziel kann daher nur ein Frieden sein, der uns volle Sicherung der Landesverteidigung und freier wirtschaftlicher Entwicklung, soweit nötig durch Landeswehr, sowie Entlastung von Kriegsschulden, Siebungsland im Osten und die Ausgestaltung unseres Kolonialreiches verbürgt.“

Solange die Feinde dies nicht zugestehen, wollen die Freikonservativen den Krieg fortsetzen. Der zweite Teil der Entschliessung mißbilligt die Polenpolitik der Regierung und lehnt das parlamentarische System für Deutschland ab. Der dritte Teil behandelt die Wahlrechtsfrage, er lehnt die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ab als unvereinbar mit der „Eigenart dieses Staates“. Am Schlusse dieses Absatzes ist dann noch vom Recht des Soldaten an der Front die Rede — nämlich auf Einigkeit in der Heimat. Ein Recht des Frontsoldaten auf gleiches Staatsbürgerrecht kennen die Freikonservativen nicht.

## Die Friedensmission Erzbergers.

Die „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht im Anschluß an einen Artikel über die neue Politik der Zentrumsfraktion des Reichstags die Zuschrift eines Vertrauensmannes der Württembergischen Zentrumspartei, in der es u. a. heißt: „Erzberger hat in der Vertrauensmännerversammlung in Ulm auf eine schriftliche Anfrage aus der Mitte der Versammlung erklärt, daß er seine Kehrerung gegenüber dem Redacteur Baumgarten in Zürich eben deswegen gemacht habe, um Gelegenheit zu erhalten, sich mit englischen Friedensagenten auszusprechen. Dieser sein Wirt sei von England wohl verstanden worden, und sei ihm die gewünschte Gelegenheit einer Aussprache auch geworden.“ Darauf folgen Ausführungen Erzbergers, die aus besonderen Gründen öffentlich nicht wiedergegeben werden können.

## Gewerksvereine gegen die Vaterlandspartei.

Der Zentralrat der deutschen Gewerksvereine (G.-D.) hat sich in folgender Resolution gegen die „Deutsche Vaterlandspartei“ gewandt: „Der Zentralrat sieht in dem Auftreten dieser neuen Partei, auch wenn sie angeblich nur für die Kriegszeit ins Leben gerufen wurde, einen neuen Anlaß zur Verschärfung der innerpolitischen Kämpfe. Der Zentralrat richtet an alle Ortsvereine und Ortsverbände der deutschen Gewerkschaften die dringende Aufforderung, alle Versuche der Vaterlandspartei kraftvoll zurückzuweisen, die darauf gerichtet sind, die einzelnen Glieder der Organisation als solche vor ihren Wogen zu spannen und sie für ihre Einigkeit gefährdenden Zwecke zu mißbrauchen.“

## Kein Verfahren gegen die drei Unabhängigen

Wir hatten — unter starkem Zweifel — die Meldung eines badiischen Mitarbeiters wiedergegeben, wonach die Regierung die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission gegen Haase, Dittmann und Voght abgelehnt habe, da sich das Anlagematerial bereits auf dem Wege an das Reichsgericht in Leipzig befinde. Demgegenüber erklärt der „Berliner Lokalanzeiger“ nach Erkundigungen an zuständiger Stelle sich wie in der Lage, auf das bestimmte zu erklären, daß diese Nachricht falsch ist. Für ein Verfahren gegen die genannten Abgeordneten hat niemals ausreichendes Material vorgelegen.

Der Vorkostenauschuss des Abgeordnetenhauses beschloß in seiner heutigen Sitzung, nur am Dienstag und Mittwoch Vollsitzungen abzuhalten, um den Haushaltsauschuss Zeit zu seinen Beratungen zu geben. Die nächste Sitzung soll dann erst am 6. November stattfinden, in der voraussichtlich die Besprechung der Wahlrechtsvorlage beginnen wird.

Traub. Der allddeutsch-fortschrittliche Abgeordnete Traub hat sein Mandat zur Stunde noch nicht niedergelegt, er hat aber die Absicht ausgesprochen, nicht nur dies zu tun, sondern auch aus der fortschrittlichen Volkspartei auszutreten. In Dortmund hat Herr Traub bereits seine Vorstandsstelle niedergelegt.

Tod eines Zentrumabgeordneten. Nach einer Mitteilung der „Germania“ ist der Zentrumabgeordnete Georg Wellstein am Dienstag gestorben. Der Verstorbene gehörte seit 1893 dem Abgeordnetenhaus und dem Reichstag an. In letzterem vertrat er den Wahlkreis Koblenz-St. Goar. Das Zentrum verliert in ihm eine wertvolle Arbeitskraft.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Hungerunruhen in Glasgow. Das Haager „Vaderland“ meldet aus guter Quelle, daß es in Glasgow infolge der Ernährungsfrage zu ersten Unruhen gekommen sei. Die Arbeiter im Arsenal seien in den Aufstand getreten.

Die Sanddurchfuhr durch Holland. Ein Amsterdamer Blatt meldet aus guter Quelle aus London, daß die britische Regierung geneigt sei, die Frage der Durchfuhr von Sand, Kies usw. durch Holland nach Belgien einem Schiedsgericht zu unterwerfen, wenn die Durchfuhr während der Dauer der Untersuchungen eingestellt werde.

Eine nationale armenische Konferenz, an der mehr als 200 Abgeordnete aller Herren Länder teilnehmen, ist in Tiflis eröffnet worden.

## Letzte Nachrichten.

Ein Friedensantrag in der italienischen Kammer.

Bern, 16. Oktober. Auf der Tagesordnung der italienischen Kammer steht ein Antrag des unabhängigen Sozialisten Ferry. Der Antrag besagt u. a., daß angesichts dreier Kriegsjahre, die kein endgültiges militärisches Uebergewicht ergaben, kein Kriegsgewinn zu befürchten sei; daß aber die Verlängerung des Kriegs Europa in einen Zustand der Barbarei zurückwerfe. Die Regierung wird daher aufgefordert, unter Ausschluß jeden Sonderfriedens im Einvernehmen mit den Alliierten Friedensverhandlungen möglich zu machen, die die Beziehungen der Völker, durch gegenseitige Geduldsabstreuung und angebrachte Entschädigung befriedigen.

Die Krise in Italien.

Lugano, 16. Oktober. Der Innenminister hat verfügt, daß alle 60 Präfecten ihm jeden Tag über die Stimmung sowie über besondere Ereignisse in ihren Distrikten Bericht erstatten müssen. Der „Secolo“ erklärt, daß die Unzufriedenheit unter den Postbeamten bedrohlich geworden sei. Die Frage erlaube keinen weiteren Aufschub. Das Blatt behauptet, daß seine schon vor langer Zeit ausgestoßenen Marmuse ungehört verhallen. Die erste in Rom selbst erschienene Nummer des „Avanti“ wurde sofort konfisziert.

Ausland in Buenos Aires.

Buenos Aires, 16. Oktober. (Havas.) Der Ausstand der Straßenbahnangestellten dauert noch an. In einigen Punkten kam es zu heftigen Zwischenfällen.

Judenverfolgungen in Tunis.

Berlin, 16. Oktober. (B. T. W.) Ueber die Judenverfolgungen in Tunis liest man jetzt trotz der strengen französischen Zensur einzelne Nachrichten durch, aus denen der grobe Umfang der Exzesse mit Deutlichkeit zu ersehen ist. Ganz besonders umfangreiche Plünderungen und Verwüstungen werden aus der Stadt Tunis berichtet. Hier sind auch mehrere Morde vorgekommen. Verfolgungen ersterer Art werden aber auch aus der tunesischen Provinz gemeldet. So sind in Sfax, Souffe, Biberia und in anderen Städten Juden gemißhandelt worden. Häßen geplündert. Waren auf die Straßen geworfen worden. Besonders wird in allen Richtungen herangezogen, daß an den Exzessen sich in umfangreicher Weise französische Soldaten beteiligt haben. Die Verurteilung unter der nordafrikanischen jüdischen Bevölkerung ist beargwöhnungswürdig außerordentlich groß.

# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

## Vergütung der Zutaten in der Lederwarenindustrie.

In einer Versammlung von Heimarbeitern der Portefeulie- und Taschenbranche wurde Klage geführt über völlig ungenügende Bezahlung der Zutaten. Die Heimarbeiter dieser Branche haben die erforderlichen Zutaten: Garne, Leim, Kleister, Farbe, Stifte usw. selbst zu beschaffen und erhalten als Vergütung dafür einen gewissen Prozentsatz des Marktdienstes, der schon in Friedenszeiten zur tatsächlichen Auslagen für Zutaten kaum ausreichte. Während der Kriegszeit sind nun die Einkaufspreise dieser Materialien bis auf das Doppelte der früheren Preise gestiegen. Dazu kommt, daß die betreffenden Materialien jetzt so schwer zu haben sind, daß die Arbeiter bei jedem Einkauf mehrere Stunden aufwenden müssen, um die benötigten Zutaten zu bekommen. So werden also die ohnehin hohen Kosten durch den Zeitverlust beim Einkauf noch wesentlich erhöht. Die Zutatenvergütung, welche die Arbeiter von den Unternehmern erhalten, reicht demnach unter den heutigen Verhältnissen nicht im mindesten aus, um die tatsächlichen Aufwendungen der Heimarbeiter zu erlegen. Es soll deshalb in allen Betrieben, wo Verhältnisse der erwähnten Art herrschen, die Forderung auf zeitgemäße Bezahlung der Zutaten gestellt und erforderlichenfalls mit Hilfe der Ortsverwaltung des Sattler- und Portefeulieverbandes durchgesetzt werden.

## Ein Schlichtungsausschuß für Anwaltsangestellte in Berlin.

Die zum größten Teil schlechtbezahlten Angestellten der Rechtsanwälte und Rotare haben in großer Zahl während des Krieges ihre Stellung gewechselt und sind in besserbezahlte Stellen bei industriellen Unternehmungen, Kriegsgesellschaften usw. eingetreten. Die Schaffung geordneter Angestelltenverhältnisse in den Anwaltsbüros wird nach Beendigung des Krieges mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft sein. Es kommt hinzu, daß zahlreiche Anwaltsbüros geschlossen, andere bedeutend verkleinert sind, so daß auch die Wiedereinstellung der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer nicht überall ohne weiteres möglich sein wird. Jedenfalls tragen die Verhältnisse den Reim zu zahlreicher Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Angestellten in sich. Der Verband der Bureauangestellten Deutschlands, dem sich andere Anwaltsangestelltenvereine angeschlossen hatten, unterbreitete daher dem Berliner Anwaltsverein den Vorschlag, einen paritätisch besetzten Schlichtungsausschuß einzusetzen, der solche Differenzen schlichten und auch gleichzeitig allgemein eine und grundsätzliche Fragen des Arbeitsverhältnisses beraten soll. Der Anwaltsverein nahm diesen Vorschlag an und nach längerer Verhandlung kam eine Vereinbarung zustande, die inzwischen auch die Zustimmung der beiderseitigen Organisationen gefunden hat.

Diesem Ausschuss fällt die Aufgabe zu, allgemeine und grundsätzliche Fragen des Arbeitsverhältnisses und der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen der Anwaltsangestellten zu beraten und Streitigkeiten zwischen den beteiligten Organisationen sowie zwischen den einzelnen Anwälten und Angestellten zu schlichten. Ist es dem Ausschuss nicht möglich, über die vor ihn gebrachten strittigen Fragen eine Verständigung zwischen den Beteiligten herbeizuführen, so gibt er ein Urteil darüber ab, ob und inwieweit die vorgebrachten Beschwerden und Anträge berechtigt sind. Jede beteiligte Organisation sowie jeder Anwalt und jeder Angestellte ist berechtigt, Anträge und Beschwerden beim Schlichtungsausschuß anzubringen.

Hiermit ist eine Einrichtung geschaffen, die einen wesentlichen Fortschritt bedeutet und erhebliche Dienste in der Vertretung der Angestellteninteressen und in der Schaffung geregelter Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der Anwaltsangestellten leisten kann. Es dürfte das erste Mal in Deutschland sein, daß Arbeitgeber und Angestelltenorganisationen sich freiwillig zur Einsetzung eines solchen Schlichtungsausschusses entschlossen haben. Hoffen wir, daß dieser erste Versuch sich im beiderseitigen Interesse bewährt und recht viel Nachahmung finden möge. Der Augen, der den Angestellten daraus erwächst, wird wesentlich von ihnen selbst abhängen. Soll der Schlichtungsausschuß seinen Zweck erfüllen, so ist dringend notwendig, daß alle Beschwerden zur Verhandlung kommen. Die Anmeldung von Beschwerden kann im Ortsbüro des Verbandes der Bureauangestellten, O. 27, Dirdenstr. 4 I, erfolgen.

Platz der Anwaltsangestellten muß es jetzt sein, unablässig in ihren Kreisen neue Mitglieder für den Verband zu werben.

**Achtung, Buchbinder!** Durch einen Druckfehler ist im Sonntagsinformat der Beginn der Verhältnistageversammlung auf 8 Uhr angegeben. Die Versammlung beginnt aber schon um 6 Uhr.

Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands gibt uns folgender Aufruf zu:

Hausangestellte, Köchinnen, Hausmädchen, Kinderfrauen, Diener, Stützen usw.

Wenn sich der Verband wiederum an alle Hausangestellten wendet, so bedarf es ihrer noch zu wenig, um nach außen hin erkennen zu lassen, wie ernst es auch den Hausangestellten ist, schon lange gehegte Wünsche erfüllt zu sehen. Jetzt, wo die Hausangestellten wirklich etwas erreichen könnten, halten sie es so wenig der Mühe wert, Mitglied ihres Verbandes zu werden; und doch, wie bald wird die Zeit kommen, wo all die Säumigen bitter bereuen werden, nicht dem Rufe zur rechten Zeit gefolgt zu sein. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin — dazu gehört die Hausangestellte — muß im Verstande sein. Nur durch Zusammenhaken können die gehegten Wünsche erreicht werden. Habt ihr keine Wünsche, Kolleginnen, die ihr unorganisiert seid? Wir sagen ja! Denn ach, wieviele werden uns täglich übermittelte! Da wird zu lange gearbeitet, dort läßt die Behandlung zu wünschen übrig, hier fehlt der freie Wochenausgang, wieder wo anders ist der Sonntagsausgang zu spät, und in den besten Stellen gibt es bei all den teuren Preisen zu wenig Lohn, und so vieles mehr.

Abgeholfen kann dem allen aber werden, wenn, ja wenn auch die lieben Kolleginnen erkennen würden, was so viele Tausende ihrer Mitbewerberinnen schon erkannt haben, daß auch sie Verbandsmitglied werden müssen. Der Verbandsbeitrag ist so gering, daß er trotz der Forderung jedem erträglich sein kann. Der Verband bietet seinen Mitgliedern so viele Vorteile, die wohl erkennen lassen, was jedes Nichtmitglied bisher verläumt hat: z. B. Rechtschutz bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und aus der Kranken- und Invalidenversicherung; Auskunft und Raterteilung; Krankenunterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft 8 M. pro Woche auf die Dauer von sechs Wochen, nach zweijähriger Mitgliedschaft 3,60 M. pro Woche auf die Dauer von sechs Wochen; kostenlose Lieferung der Verbandszeitung. Keine Kollegin sollte länger säumen; jede beziehe sich, Mitglied des Verbandes der Hausangestellten Deutschlands zu werden. Mitgliederanmeldungen nimmt der Hauptvorstand entgegen, dessen Adresse ist: Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, Berlin SO 16, Engelauer 21 III.

## Deutsches Reich.

### Die Scharfmacher wittern Morgenluft.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ hatte sich im ersten Kriegsjahr eine für ihre Verhältnisse erkundliche Zurückhaltung auferlegt. Längst macht sie nun wieder allwöchentlich ihrem gepredigten Hergen Luft mit dem Schrei nach Staatsgewalt und Polizei. Die Vorgänge im Reichstago bei den Offenbarungen von Dr. Richaels und Capelle haben es ihr besonders angetan. Sie sieht in deren „Entschuldigungen“ nicht etwa Entschuldigungen, wie jeder Normaldeutsche, sondern sie bemerkt nur die nötige Rücksichtslosigkeit der Staatsgewalt. Um gleich ganz ins Reine zu kommen, legt sie in ihrer Nummer vom 14. Oktober also los:

Wir haben immer betont, daß bei großen Streiks, die oft genug in Revolten ausarteten, und bei anderen revolutionären Ausschreitungen gewöhnlich die weniger schuldigen Verführten von der Vergeltung erreicht wurden, während sich die eigentlichen Schuldigen ins Häufchen lachten. ... Vielleicht bringen die schmerzlichen Lehren der letzten Zeit das Gute mit sich, daß unsere Erkenntnis für den wahren Stand der Dinge wächst. Man tut sich in Deutschland viel zugute auf das sachliche Urteil, das erst vor Tazjaden gestellt sein will, ehe es selbst zur Tat schreitet. So antwortet wohl ein Wächter der öffentlichen Ordnung, wenn man ihm sagt, da aber dort solle ein Einbruch verübt werden, man möchte gefälligst warten, bis die Sache geheißen sei, dann erst könne er pflichtschuldig den Tatbestand aufnehmen! Wenn irgendwo, so heißt es an dieser Stelle „umlernen“. Mit bürokratischer Pedanterie, mit ängstlicher, am Buchstaben klebender Vorsicht kommt man hier nicht weiter, nur eine weitausschauende, rücksichtslose, energische Betätigung der Staatsgewalt, ein von großen Gesichtspunkten geleitetes sozialmännliches Wirken kann uns Rettung bringen!

Sollte dieses Programm aber nicht durchgeführt werden, so kommt es wie in der Eddasage, nämlich zum — W. E. L. U. n. t. e. r. g. a. n. g! Leider ist die Aussicht davor gering, daß die Scharfmacherwelt untergeht, wie dies Beispiel beweist.

### Zehn Jahre Buchbinder-Verleger-Verband.

Im Oktober 1907 trat der Verband, der die Verleger im Buchbindergewerbe umfaßt, ins Leben. Seine Gründung, so heißt es in der „Zeitschrift des Verleger-Verbandes“, habe erfolgen müssen, da der Deutsche Verleger-Verband seine Pflicht nicht erfüllt habe. Bis heute habe man sich dort um die überaus gedrückten Gehälter und um die unbeschränkte unbezahlte lange Arbeitszeit der Verleger nicht gekümmert. Die Aufklärungsarbeit, die Erziehung der Verleger zum Klassenbewußtsein sei nicht geleistet worden. Man habe nur Wohlfahrtsvereine geschaffen; das Standesbewußtsein habe man wecken wollen, den Standesdünkel habe man groß gezogen. Der Verband — so heißt es in dem Jubiläumartikel — setze auf gewerkschaftlicher Grundlage.

## Industrie und Handel.

### Kohlenabbau monopol in Sachsen.

Die Zweite sächsische Kammer hat ein Gesetz angenommen, dessen erster Paragraph das ausschließliche Recht des Staates, Kohlen aufzufahren und zu gewinnen, festlegt, das bisherige Recht des Grundbesitzereigentümers an der Kohle beseitigt und Kohlenbergbaurechte, die ein selbständiges Recht erlangt hatten, aufhebt, soweit nicht ausdrücklich Abweichungen gestattet sind. Ausgenommen vom staatlichen Kohlenbergbaurecht ist das Kohlenunterirdische, das zum Grubenfeld eines bereits am 18. Oktober 1916 von einem anderen Unternehmer als dem Staat betriebenen und beim Inkrafttreten des Gesetzes noch im Betrieb befindlichen Kohlenbergwerks gehört, doch gilt dies nur unter bestimmten im Gesetz festgelegten Voraussetzungen. Die bestehenden Privatwerke dürfen im allgemeinen ihre Arbeit fortsetzen, auch kann der Staat ihnen den Abbau staatlicher Kohlenfelder übertragen. Die Grundeigentümer, denen das Förderrecht genommen wird, erhalten als Entschädigung eine Förderabgabe, die bei Braunkohle 1/2 Pf. für die Tonne der innerhalb der ersten zwanzig Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ab geförderten, verkaufsfähigen Kohle beträgt und die innerhalb jedes folgenden dreißigjährigen Zeitraums um weitere 1/2 Pf. bis zum Höchsttag von 6 Pf. für die Tonne steigt. Für Steinkohle beträgt die Förderabgabe während der ersten zwanzig Jahre 15 Pf. für die Tonne und steigt mit jedem weiteren Jahrzehnt um 1 Pf. bis zum Höchsttag von 20 Pf. für die Tonne.

### Die Fertigstellung der Stücke zur 6. Kriegsanleihe.

Die Tatsache, daß die Stücke zur 6. Kriegsanleihe teilweise noch nicht in die Hände der Zeichner gelangt sind, hat Anlaß zu allerhand

türlichen Gerüchten gegeben. Selbstverständlich liegt auch für diejenigen Zeichner der 6. Kriegsanleihe, die ihre Stücke bisher noch nicht empfangen haben, ein Grund zur Besorgnis nicht vor. Im übrigen sei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Ausgabe der letzten Stücke zur 6. Kriegsanleihe von 100 bis 500 M. tatsächlich bereits erfolgt ist. Die Verteilung der Stücke von 1000 M. fünfprozentiger Kriegsanleihe und darüber beginnt noch im Laufe des Oktober. Sie dürfte voraussichtlich Anfang Dezember dieses Jahres für sämtliche Stücke der 6. Kriegsanleihe (Reichsanleihe und Schaftanweisungen) reiflich beendet sein. Außerdem bleibt zu beachten, daß diejenigen Zeichner auf die 6. Kriegsanleihe, die zurzeit noch nicht im Besitz endgültiger Stücke sind, auch jetzt noch durch Vermittlung ihrer Zeichnungsstellen Zwischenscheine (Interimsscheine) erhalten können, die sich ebenso wie die endgültigen Stücke jederzeit verkaufen und bei den Reichsdarlehnskassen befehlen lassen.

Die Ausgabe der Stücke für die 7. Kriegsanleihe wird ebenso, wie dies bei der 6. Kriegsanleihe geschehen ist, nach Möglichkeit beschleunigt werden. Dabei wird wiederum darauf Bedacht genommen werden, daß die kleinen Zeichner (von 100—500 M.), die im Gegenzug zu den Zeichnern von 1000 M. und mehr keine Zwischenscheine bis zum Empfang der endgültigen Stücke erhalten, ihre Stücke zuerst bekommen. Diese werden mit möglicher Beschleunigung fertiggestellt und voraussichtlich im April nächsten Jahres ausgegeben werden.

Wünschen Zeichner von Stücken der 5. Proz. Reichsanleihe unter 1000 Mark ihre bereits bezahlten, aber noch nicht gelieferten kleinen Stücke bei einer Darlehnskasse des Reiches zu befehlen, so können sie die Ausfertigung besonderer Zwischenscheine zwecks Verpfändung bei der Darlehnskasse beantragen; die Anträge sind an die Stelle zu richten, bei der die Zeichnung erfolgt ist. Diese Zwischenscheine werden nicht an die Zeichner und Vermittlungsstellen ausgehändigt, sondern von der Reichsbank unmittelbar an die Darlehnskasse übergeben.

Daß die Fertigstellung nicht schneller vor sich geht, erklärt sich aus der großen Zahl der zu druckenden Anleihestücke (bis jetzt mehr als 40 Millionen!) und aus der Sorgsamkeit, mit der im Hinblick auf den Wertpapiercharakter der Stücke bei deren Druck unbedingt verfahren werden muß.

## Der Zahlungsverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Gegen die hier neulich verordnete Verfügung der Reichsbank, daß der Erlös aus österreichischen Wertpapierverkäufen in Deutschland entweder zur Bezahlung der Schulden des österreichischen Verkäufers in Deutschland diene, oder bis 12 Monate nach Friedensschluß bei einer deutschen Bank deponiert bleibe, laufen die Zahlungsverkehr zwischen den Verbänden jede möglichst erleichtert werden. Natürlich darf es nicht wieder vorkommen, daß Oesterreicher oder Ungarn Marknoten kaufen und damit die deutsche Währung im neutralen Ausland ruinieren, welcher großer Unfug allzu lange geduldet wurde. Auch muß natürlich Gegenseitigkeit bestehen und für den deutschen Verkäufer in Oesterreich-Ungarn jede Schwierigkeit bei der Einziehung seines Kassenguthabens vermieden werden. Ueber diese notwendigen Beschränkungen hinaus scheint uns aber eine Verfügungsbeschränkung über den Erlös aus reellen österreichischen Verkäufen mit Rücksicht auf die Bundes- und Kampfgemeinschaft unzulässig.

## Soziales.

### Dienstbeschädigung und Verschlimmerung.

Der allgemein geltende Grundsatz, daß, wenn ein Leiden als entschuldigend anerkannt ist, auch Verschlimmerungen desselben Leidens entschuldigend werden müssen, gilt auch bei Dienstbeschädigungen. Es ist das eigentlich selbstverständlich. Trotzdem enthielt gelegentlich darüber Streit, wie folgender Fall zeigt. Ein Kriegsteilnehmer mußte in das Lazarett, weil in seine rechte große Fußgabel der „Brand“ gekommen war. Das Leiden griff immer mehr um sich, so daß ihm nach und nach das ganze Bein abgenommen werden mußte. Nach seiner Heilung wurde er mit einem künstlichen Bein und einer Rente entlassen und er erlernte das Zigarrenmachen. Nach einiger Zeit erkrankte, unter ganz genau denselben Erscheinungen, wieder bei der großen Hitze anfangend, das andere Bein, das ihn ebenfalls wieder abgenommen werden mußte. Da es sich offenbar um dieselbe Krankheit handelte, die schon das erste Bein gefordert hat, wurden Ansprüche auf erhöhte Rente gestellt, die aber abgewiesen wurden. Man hatte nämlich jetzt eine Blutuntersuchung usw. vorgenommen und festgestellt, daß es sich um eine syphilitische Erkrankung handelt, die mit dem Militärdienst nichts zu tun hatte. Nun bekam also der Mann für das eine Bein eine Rente, die ihm auch nicht genommen werden konnte, weil sie „rechtskräftig“ geworden war, für das andere Bein aber, das er unter denselben Umständen verlor, erhielt er nichts. Es wurde hiergegen Berufung eingelegt mit der Begründung, daß, wenn es sich schon um eine syphilitische Erkrankung handle, ein Zusammenhang des Verlustes der Beine mit dem Heeresdienst insofern vorhanden sei, als man ihn von vornherein falls behandelt habe. Wäre eine sachgemäße und richtige Kur angewendet worden, so hätte wahrscheinlich der Mann seine Beine behalten. Es fand sich ein tüchtiger Arzt, Dr. W., der das in einem längeren Gutachten begründete. Nach längerem Hin und Her wurde jetzt endlich dem Verschlimmerten die Rente auch für das andere Bein mit bewilligt.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Ruttner, Berlin; für den äußeren Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reinfeld; für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Verlags- und Buchdruckerei v. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stierg. 1. Klasse und Unterhaltungsblatt.

# Sonntags geschlossen!

Eine Einrichtung, die wir hauptsächlich im Interesse unseres Personals eingeführt haben, das — ganz besonders bei dem jetzt alltäglichen starken Andrang in unseren Geschäften — diesen freien Tag unbedingt benötigt.

Rönigstr. 33      Chausseestr. 113  
am Bahnhof Alexanderplatz      am Scharfplatz

